

SEIT
1946

10/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 142040222 M, Nr. 10/2019



WOLFGANG PAALEN (1905-59)

(UNTERES BELVEDERE 21)

Nur Mut!
Eva Maltschnig

Auf in eine neue Zeit!
Christian Deutsch

Die SPÖ in der Krise –
ein Aufruf zur Veränderung
Max Lercher

Die Systemfrage stellen
Julia Herr

EDITORIAL

Die Aufnahme von Koalitionsgesprächen zwischen öVP und Grünen folgt dem Motto, dass schon alle Fehler gemacht wurden, aber noch nicht von allen. Im vorausseilenden Gehorsam stimmen die Grünen im Parlament plötzlich gegen Klima- und Konsumentenschutz und erklären herablassend, dass die SPÖ nicht glauben brauche, „dass das Geld auf den Bäumen wachse“. Dass die Grünen sich als Rechtfertigung hinter gekünstelten Ausflüchten verstecken, statt ihre Motive für dieses Verhalten offenzulegen ist dabei wahrscheinlich das größte Problem: Die Bereitschaft zur Selbsttäuschung, wacklige Kompromisse und Verhandlungsniederlagen mit der öVP als große Erfolge abzufeiern und alle, die diese selbstgeschaffene Illusion nicht teilen wollen, wütend als Miesmacher abzuqualifizieren, hat nicht unmaßgeblich dazu beigetragen, dass die SPÖ heute dort steht, wo sie steht. Ob sich die Grünen letztlich Sebastian kurz unterwerfen, oder ob er nicht doch lieber eine Regierung von Hofers Gnaden bildet, bleibt abzuwarten.

Es wäre jedenfalls ein Irrtum zu glauben, dass ein Kniefall der Grünen vor der öVP zwangsläufig die Lage der SPÖ bessert. Gerade unter vielen rot-grünen WechselwählerInnen gibt es eine gewisse Bereitschaft, inhaltlichen Opportunismus zu tolerieren, wenn uns dadurch eine Fortsetzung von Schwarz-Türkis-Blau erspart bleibt. Schwere Fehler politischer MitbewerberInnen bieten Möglichkeiten. Sie ersetzen aber keinesfalls die eigenen Bemühungen, inhaltliche Kompetenz, thematische Tiefe, kommunikative Stärke und demokratische Mitmach-Strukturen aufzubauen.

Diese Ausgabe widmet sich daher auch schwerpunktmäßig der Debatte, wie es in der SPÖ weitergehen soll:

Sektion-Acht-Vorsitzende **Eva Maltschnig** skizziert in sechs Punkten, wie sich die SPÖ am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen könnte.

Der Internetunternehmer **Michael Eisenriegler** stellt seiner kritischen Analyse des gegenwärtigen Zustands den dringenden Appell voran, die Intrigenspiele rivalisierender Cliques zu beenden, die jede Reform der Partei von vornherein sinnlos zu machen drohen.

Bundesgeschäftsführer **Christian Deutsch** zieht eine Bilanz des Wahlkampfes und stellt die von den Gremien beschlossenen Reformschritte vor.

Tirols Landespartei-Vorsitzender **Georg Dornauer** fordert in seinem Beitrag die Verantwortung zur Veränderung ein. Wer in unserer Partei mitreden will, soll mitreden können.

Der frisch in den Nationalrat gewählte **Max Lercher** stellt in seinem Diskussionsbeitrag vor, was er unter dem von ihm eingefordert „zweiten Hainfeld“ versteht.

Und SJ-Vorsitzende **Julia Herr** zeigt am Beispiel des „Green New Deal“ warum es ein mutiges Programm zur Überwindung des gegenwärtigen Raubtierkapitalismus braucht, um scheinbare Interessenswidersprüche zu überbrücken.

Die Personalvertreterin **Irimi Tzaferis** liefert einen problemaufriss aus der Perspektive einer Basisstruktur und plädiert für Demokratisierung und Privilegien-Kritik in der SPÖ.

Die kämpferische, bildreiche und inhaltlich sehr klare Rede von Labours Parteichef **Jeremy Corbyn** zum **Wahlkampfauftakt** für die **Unterhauswahlen** am 12. Dezember rundet diese Ausgabe ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



WOLFGANG PAALEN (1905-59)
Der österreichische Surrealist in Paris und Mexiko
4. Oktober 2019 bis 19. Jänner 2020
Unteres Belvedere
Rennweg 6, 1030 Wien
Täglich 10 bis 18 Uhr
Freitag bis 21 Uhr

WOLFGANG PAALEN, „PAYSAGE TOTÉMIQUE“, 1938, PRIVAT-SAMMLUNG PARIS.
PRIVATSAMMLUNG / PRIVATE COLLECTION, COURTESY OF MALINGUE S. A.

SCHWERPUNKT: SPÖ – WAS NUN?

6 Nur Mut!

VON EVA MALTSCHNIG

10 Es ist fünf nach zwölf!

VON MICHAEL EISENRIEGLER

16 Auf in eine neue Zeit!

VON CHRISTIAN DEUTSCH

20 Verantwortung zur Veränderung

VON GEORG DORNAUER

24 Die SPÖ in der Krise – ein Aufruf zur Veränderung

VON MAX LERCHER

30 Die Systemfrage stellen

VON JULIA HERR

36 Wie geht ein Neuanfang der SPÖ?

VON IRINI TZAFERIS

42 TIME FOR REAL CHANGE!

VON JEREMY CORBYN

Nur Mut!

Eva Maltschnig macht einen Vorschlag für den Neubeginn der SPÖ in sechs Schritten

Heidi Horten, Österreichs bekannteste Milliardenerbin, hatte der Sebastian Kurz-Partei einen Dauerauftrag von 49.000 Euro monatlich eingerichtet, knapp unter der Grenze meldepflichtiger Polit-Spenden. Wie bestellt wurden die Privilegien der Vermögenden nicht angetastet und die Vermögen der Nicht-Privilegierten (Stichwort Sozialversicherung) verringert. Heinz-Christian Strache wollte Österreichs Wasser vor versteckter Kamera günstig an eine vermeintliche russische Oligarchin verkaufen und finanzierte sich das Leben in Saus und Braus direkt aus seiner Parteikasse. Im Sommer wurden die Städte dank Klimawandel beinahe unbewohnbar vor Hitze, um Ältere und Kleinkinder musste man sich ernsthaft gesundheitliche Sorgen machen.

Das alles resultierte bei der Nationalratswahl Ende September in einem Verlust des rechtskonservativen Lagers von rd. 350.000 Stimmen, die Linken blieben fast exakt gleich, die NEOS gewannen 119.000. Etwa 293.000 weniger gültige Stimmen wurden bei der Wahl abgegeben als zwei Jahre zuvor.

Ist das ein Erfolg für links? Wenn, dann ein eher kleiner. Für die SPÖ war es eine schwere Niederlage. Und nun rumort es. Es gibt allorts weniger Mandate und Budgets zu verteilen. Außerdem fehlt eine kohärente politische Strategie, die die SPÖ zusammenhalten würde. So toben derzeit die Zentrifugalkräfte in der Partei. Was tun?

EIN GEMEINSAMES VERSTÄNDNIS FÜR DEN POLITISCHEN STATUS QUO HERSTELLEN

In den Städten haben linke Parteien ihren größten Rückhalt. Doch die Mobilisierung urban-liberaler Milieus alleine reicht nicht aus, um eine signifikante Veränderung der Mehrheitsverhältnisse herzustellen. Die Sozialdemokratie braucht Unterstützung in allen gesellschaftlichen Schichten, und die

Herausforderung wartet am flachen Land und in der städtischen Peripherie. Dort verliert die SPÖ ohne Ende, sie reiht sich damit in einen globalen Trend ein, der von Polen bis Kanada wirkt. Eine geläufige Erklärung für diesen „Urban-Rural-Divide“ ist, dass sich die einen als kosmopolitische ModernisierungsgewinnerInnen fühlen, für die progressive Wahlentscheidungen zum Lebensgefühl gehören, während die Landbevölkerung Angst hat, unter die Räder der Globalisierung zu geraten und deshalb rechtskonservative Parteien als Bewahrer ihrer Relevanz und ihres Lebensstils sieht. Die Sozialdemokratie wird in dieser geographischen Polarisierung aufgegeben. Der Ausweg daraus ist für die SPÖ nicht, einen dieser Pole stärker zu akzentuieren (etwa durch einen restriktiveren Ausländerkurs oder durch alleinigen Fokus auf urbane Milieus), sondern diese Dichotomie durch etwas anderes zu ersetzen.

EIN ERFOLGREICHES SOZIALDEMOKRATISCHES NARRATIV FORMULIEREN

Dieses Vorhaben firmiert unter dem Arbeitstitel „sozialdemokratisches Narrativ“. Ein Narrativ, das ist ein Erzählmuster, eine Interpretationsvorlage für die Welt und ein Identifikationsangebot für jeden/jede Einzelne. Durch gesellschaftliche Individualisierung übernehmen (Vorfeld-)Organisationen weniger Integrationsleistungen in politische Spektren, umso wichtiger ist das Narrativ. Einfacher ausgedrückt: Ich wähle heute nicht mehr sozialdemokratisch, weil ich Angestellter und Gewerkschaftsmitglied bin, sondern weil ich das, was mir die SPÖ über die Welt erzählt, für plausibel halte. Vielleicht finde ich aber das, was mir die Grünen über die Welt erzählen, plausibler. Möglicherweise hat auch Sebastian Kurz die schlüssigste Geschichte für mich parat und bietet mir eine Interpretation der Welt, in der ich mich wiedererkenne.

Ein erfolgreiches sozialdemokratisches Narrativ könnte heute ungefähr so klingen: 99% der Menschen baden die Pro-

bleme aus, die das reichste Prozent verursacht. Diese kleine Gruppe von Profiteuren des Wirtschaftssystems versteckt ihre unfassbaren Besitztümer in Steuersümpfen, die Gemeinschaft leidet darunter, und zwar in allen Aspekten des Lebens. Wir stehen für eine Welt, in der alle gut und in Freiheit leben können, und nicht eine kleine Elite im gut klimatisierten Paradies, dafür der Rest am Rand der Existenzangst oder darunter. Ein handlungsfähiger Staat und eine handlungsfähige EU, die sich nicht von dieser kleinen Gruppe am obersten Rand der Reichtumsskala instrumentalisieren lassen, sind dafür Voraussetzung. Für diese Interpretation der Welt ist es egal, ob ich in der Stadt wohne oder am Land, am Hochofen oder am Wickeltisch arbeite. Jedes von der SPÖ aufgegriffene Politikfeld würde auf dieses Narrativ einzahlen können. Zwei Beispiele:

Von rasant steigenden Mieten profitieren Immobilienmultis. Deren große Gewinne machen die Aktionäre reich und den Rest arm, denn Geld für anderes bleibt nicht mehr übrig. Ein Mieten-Deckel schiebt diesem Gewinnstreben auf Kosten der Existenz von Familien einen Riegel vor.

Wer sehr vermögend ist, hat im Alter kein Problem. Bei allen anderen frisst länger dauernder Pflegebedarf den Großteil der verfügbaren persönlichen und finanziellen Ressourcen auf. Gerecht ist nicht, dass ein kleiner Teil in der Seniorenresidenz perfekt betreut ist, und alle anderen sich abmühen. Gerecht ist eine Erbschaftssteuer für Superreiche, die allen eine würdevolle Betreuung im Alter, und den Betreuenden eine gerechte Bezahlung finanziert.

Wie machte das die SPÖ stattdessen? Im Wahlkampf präsentierte die SPÖ ein buntes Potpourri an Forderungen (Steuersenkungen! Jobgarantie! Lehre! Öffis! Wohnen! Spitzenmedizin! Und mehr Personal für die Justiz!), von der sich, so die Denke der KampagnenplanerInnen, doch jeder zumindest ein wenig angesprochen fühlen müsste. Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen Marketing und Narrativ: Anstatt jede Person oder Zielgruppe mit einem anderen, für sie passendem Thema anzusprechen, wird die Identifikation mit der Partei durch ein gemeinsames, geteiltes Verständnis von der Welt geschaffen.

JEMANDEN FINDEN, DER DIESES NARRATIV GLAUBWÜRDIG VERTRETEN KANN.

Pamela Rendi-Wagner transportierte in dieser Wahl kein Narrativ, schon gar nicht das oben genannte. In einem Inter-

view im ORF-Report nach der Wahl antwortete sie auf die Frage, wofür die SPÖ eigentlich stehe, mit „das werden wir jetzt erarbeiten“. Vielleicht ist das oben beschriebene Narrativ auch nicht das beste, und ein ganz anderer Erzählstrang wäre erfolgversprechender (etwa jener von gesellschaftlichem Aufstieg und Liberalität, der die SPÖ in den 1990er-Jahren begleitete). Wer Recht hat, ließe sich durch einen einfachen Erfolgstest ermitteln, und zwar in Form von Wahlen zum Parteivorsitz durch alle Mitglieder. Dabei müssen die KandidatInnen ihre Sicht der Welt darlegen und sie glaubwürdig vertreten. Wer am meisten Mitglieder hinter sich vereint, hat auch das überzeugendste Narrativ. Positiver Nebeneffekt so einer partei-internen Auseinandersetzung: Konflikte werden in geregelte Bahnen gelenkt und zivilisiert entschieden, und nicht ewig in den Boulevardblättern des Landes ventiliert.

DIE SPÖ ORGANISATORISCH NEU AUFSTELLEN

Dann hätte die SPÖ noch einiges an Hausaufgaben zu erledigen. Die „strukturkonservativste Partei Österreichs“ (Peter Kaiser zur SPÖ kurz nach dem Wahlabend) muss ihre Organisationsstruktur entrümpeln. Eine Öffnung bedeutet aber nicht, mit externen ExpertInnen über die SPÖ zu reden und die Ergebnisse dieser Beratungen dann unverbindlich abzulegen, sondern Mitgliedern und ihrem ehrenamtlichen Engagement zu Relevanz zu verhelfen. Die erzählen das Narrativ nämlich sehr effektiv weiter, und sind dabei deutlich kostengünstiger als klassische Werbung – sie zahlen dafür sogar Mitgliedsbeiträge. Mitglieder bekommen im Gegenzug für die Leistung ihres Beitrags derzeit nur homöopathische Mitbestimmungsrechte. Ändert die SPÖ das, könnte sie potenziell viele neue politische Köpfe anziehen.


Entscheidungen über Personal müssen transparent und demokratisch getroffen werden. Das betrifft sowohl Parteifunktionen (Direktwahl von Vorsitz und Vorstand) als auch Listenstellungen (Vorwahlen). Auch die großen inhaltlichen und strategischen Fragen (etwa über Koalitionsabkommen) sollten via Mitgliederentscheid fallen.

DIE INHALTLICHE LÜCKE SCHLIESSEN

In der SPÖ gibt es ein inhaltliches Papier zu fast jedem Themenfeld. Beim Klimawandel klafft aber ein offener Konflikt zwischen dem Ziel radikaler Reduktion von CO₂-Emissionen und der Bedeutung, die die österreichische Schwerindustrie für die Sozialdemokratie hat. Wer einmal in Linz einen ers-

ten Mai erlebt hat, wo die VOEST-Arbeiter im silbernen Hitzeschutzmantel und bengalischem Feuer einziehen, bekommt davon eine Ahnung. Gut 82 Millionen Tonnen Treibhausgas wurden in Österreich 2017 emittiert. Die VOEST alleine war für knapp 10 Millionen Tonnen davon verantwortlich. Die Transportgewerkschaft VIDA steht selbstverständlich für einen Ausbau des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrsnetzes, aber auch für die Erweiterung der Flugverkehrskapazitäten im Land („Dritte Piste“). Ein signifikanter Teil der österreichischen Industriebetriebe ist im Automobilssektor tätig, gleichzeitig ist der PKW-Verkehr unbestritten einer der Hauptemittenten von Treibhausgasen weltweit. Investitionen in Straßenbau werden in der SPÖ nach wie vor weitgehend unkritisch positiv beurteilt. Die teilstaatliche OMV fördert knapp 150 Millionen Fässer Öl pro Jahr, mitunter in politisch instabilen Staaten wie Libyen. Was ein Ziel in Größenordnung der Halbierung unserer Treibhausgasemissionen in zehn Jahren mit der Industrie und ihren Leitbetrieben macht, und wie man mit diesen Effekten umgehen will, muss die SPÖ ehrlich ausdiskutieren. Ähnlich wie das Kaiser-Doskozil-Migrationspapier braucht die SPÖ einen Klima-Plan, der uns vor der Klimaerhitzung bewahrt und eine ganz konkrete Alternative für das beschriebene Industriesegment und ihre Beschäftigten entwirft.

NUR MUT!

Die hier dargelegten Vorschläge sind weder besonders radikal, noch übertrieben originell. Es ist ein schaffbares Programm. Warum ist es dennoch so schwer, ja gefühlt fast unmöglich, das umzusetzen? Weil eine kleine Funktionärsgruppe Angst hat, dabei alles zu verlieren. Politik ist heute viel volatil, als vor 20 Jahren. Für uns SozialdemokratInnen bedeutet das: Nach unten geht es schnell, wir könnten uns noch wundern, wie tief die Talsohle ist. Es gibt aber auch jederzeit alles zu gewinnen. Alles was wir brauchen ist ein bisschen Mut. 

EVA MALTSCHNIG

ist Sozioökonomin und Vorsitzende der Sektion 8 in der
SPÖ Alsergrund.

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Wolfgang Paalen (1905-59)

Taches solaires, 1938, Kerzenrauch und Öl auf Leinwand 129,5 × 99 cm
Sammlung Gary und Kathie Heidenreich, Courtesy Gallery Wendi Norris,
San Francisco

Foto: akg-images © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

Es ist fünf nach zwölf!

So sehr der Internet-Unternehmer **Michael Eisenriegler** die Kommunikationsleistung der SPÖ für mangelhaft hält, so wenig sieht er darin die Ursache für das Wahldebakel der Sozialdemokratie. Erfolgreich werben könne man nur für ein gutes Produkt. Die Partei müsse sich radikal umbauen und klarmachen, wofür sie und ihre Mitglieder wirklich brennen. Voraussetzung für die längst überfällige Parteireform sei es aber, langjährig bestehende Konfliktmuster zu überwinden, die einen Verteilungskampf rivalisierender Cliques um knapper werdende Posten und Ressourcen widerspiegeln.

Eigentliches Thema meines Beitrags sollten Vorschläge für eine längst überfällige Parteireform sein. Doch die Vorzeichen für meinen Beitrag haben sich verändert. Bevor ich auf die konkreten Reformvorschläge eingehe, bedürfen diese unerhörten Vorgänge einer näheren Betrachtung.

MEDIEN-LEAK AUS DEM BUNDESPARTEIVORSTAND

Der Bundesgeschäftsführer gab in der Sitzung Auskunft über aktuell mit der Bundespartei abgeschlossene Beraterverträge und hinterließ anscheinend in dieser Aufzählung auch bei mehreren Sitzungsteilnehmern den Eindruck, dass sein Vor-Vorgänger Max Lercher monatlich € 20.000,- als Berater erhalte. Tags darauf stand die Geschichte mit diesem Spin auf der Titelseite der Tageszeitung »Österreich«.

Max Lercher dementierte umgehend in einem langen und emotionalen Posting auf Facebook und stellte fest, dass es sich dabei nicht um »sein« Honorar und auch um keinen Beratervertrag handle, sondern um einen Leistungsvertrag mit der Leykam Medien AG, deren Geschäftsführer er sei. Als solcher verdiene er € 6.000,- brutto. Mehr könne er zu diesem Vertrag nicht sagen, da er zur Verschwiegenheit verpflichtet sei. Die Bundespartei stellte auf Medienanfragen lediglich trocken fest, dass man zum Inhalt von Verträgen keine Auskunft gebe. Am 21. Oktober meldete sich die Parteichefin erstmals via Interview im Kurier zu Wort. Sie appellierte, mit den Intrigen aufzuhören und plädiert dafür, dass im Erneuerungsprozess »unausgesprochene Konflikte ehrlich aufgearbeitet werden«.

Ob es sich um eine Intrige der Parteiführung gegen Max Lercher oder um eine – von unbekanntem Kreisen – »über die Bande« gespielte Intrige gegen die Parteiführung handelt, ist derzeit noch unklar – allerdings in diesem Kontext auch unerheblich.

Was ist hier passiert und warum ist dieser Vorgang so unerhört? Es handelt sich doch um eine ganz normale Partei-interne Intrige, oder doch nicht?

KAMPF UM FUTTERPLÄTZE

Unabhängig davon, wer hier gegen wen intrigiert: Der Vorgang offenbart, wie tief gespalten die SPÖ mittlerweile ist. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob wir eher autoritär oder eher basisdemokratisch, ob wir »Hackler-links« oder »Hippie-links« sind; und: Wie links sind wir überhaupt? Das spielt alles mit.

Es geht aber auch um uralte Feindschaften, die zum Teil seit 40 Jahren gepflegt werden. Die Auseinandersetzungen in der damaligen Sozialistischen Jugend und im vsstÖ wurden bereits mit ähnlicher Leidenschaft und Härte geführt, und seit damals hat sich nicht viel geändert.

Es geht auch um Freundeskreise und Seilschaften: Je kleiner die Futtertröge – bestehend aus Mandaten und Parteienförderung – werden, desto erbitterter werden die Verteilungskämpfe zwischen den einzelnen Gruppen geführt. Es geht also um Macht und es geht auch um Abschottung: Denn die Einbindung von Neuen oder Außenstehenden würde die ge-

fühlte Bedrohung im Kampf um die Futterplätze nur noch verschärfen.

Was kann man also tun, um diesen gordischen Knoten zu lösen?

»Nichts tun« und bloßes »appellieren«, so wie es die Parteichefin derzeit vormacht, ist jedenfalls kein sinnvoller Beitrag zur Konfliktlösung. Selbst, wenn sie im Hintergrund etwas tun sollte (was ich natürlich nicht beurteilen kann), aber es nicht öffentlich sagt, macht es das in der Wahrnehmung auch viel besser.

Die üblichen Zwischenrufe aus Tirol oder dem Burgenland sind natürlich ebenfalls kein sinnvoller Beitrag, ebenso wenig wie die Vogel-Strauß-Strategie des wahlkämpfenden steirischen Landesparteičhefs: Er kündigte nach der Nationalratswahl an, sich bis zur steirischen Landtagswahl aus der Bundespolitik zurückziehen zu wollen.

In den Social Media-Debatten blühen die Gerüchte, es werden Vorwürfe erhoben und Artikel geteilt, Parteiaustritte avisiert und Durchhalteparolen ausgegeben: Das alles passiert völlig abseits der Parteiführung, sieht man von Statements einiger weniger Mitglieder des Bundesvorstandes ab. Diskurs der Parteiführung mit der Basis gibt es jedenfalls keinen. Die Aufregung ist groß, die Stimmung ist schlecht. Strategie scheint es keine zu geben, Dialog erst recht nicht.

KONFLIKTLÖSUNGSMECHANISMEN DRINGEND GESUCHT

Man merkt: Die Partei besitzt mittlerweile keinerlei Kompetenz mehr, um derartige Konflikte einigermaßen erwachsen lösen oder auch nur bearbeiten zu können.

In einer idealen Welt würde in einer solchen Krise die Parteichefin zu allererst mit den Mitgliedern kommunizieren: Sie würde ihnen in einem Newsletter und einem Webvideo versichern, dass sie sich um die Lösung der Probleme kümmert. Vielleicht würde sie sogar ihren ernstesten Willen demonstrieren, mit Mobbing und Intrigen auf allen Parteebenen aufzuräumen und – zum Beispiel – ein Webformular, in dem Parteimitglieder ihre Wahrnehmungen anonym der Parteiführung schicken könnten, einrichten oder Town-Hall-Meetings mit den interessierten Parteimitgliedern in allen Bundesländern abhalten.

Die Parteichefin könnte auch die wichtigsten VertreterInnen der rivalisierenden Gruppen einbestellen und ihnen in ernstesten Gesprächen mitteilen, dass man so keinen Staat machen kann. Sie könnte sich sodann mit ihnen auf einen gemeinsamen Fahrplan zum Abbau der Konflikte einigen.

Sie könnte auch TrainerInnen engagieren, die auf die Lösung innerorganisatorischer Konflikte spezialisiert sind und mit diesen ein Programm zur gemeinsamen Konfliktbearbeitung aufsetzen.

Es gibt also viele Möglichkeiten, mit innerparteilichen Konflikten umzugehen – viel mehr, als ich hier aufgezählt habe. Aber ich habe über eine ideale SPÖ-Welt fantasiert. Eine SPÖ, deren Spitzenpersonal ernsthaft daran interessiert ist und den festen Willen hat, die Partei neu aufzustellen. Eine solche SPÖ müsste zu allererst danach trachten, die alten Rivalitäten, Animositäten, ideologischen und Interessenskonflikte auf den Tisch zu legen und einer Lösung zuzuführen.

So lange das nicht passiert ist es sinnlos, über eine Parteeiform auch nur nachzudenken. Denn die Lähmung der Partei im Gleichgewicht des Schreckens verhindert auch jede ernsthafte Änderung an den Strukturen, die natürlich auch gleichbedeutend mit einer Änderung des internen Machtgefüges wäre. Man kann nicht gleichzeitig die Partei radikal umbauen und dabei niemandem auf die Zehen steigen, das geht nicht.

Eine Parteeiform ist sinnlos, wenn diese alten (und neuen) innerparteilichen Konflikte nicht bald ernsthaft angegangen und gelöst werden. Dann bleibt Menschen wie mir nur noch, einen Nachruf auf die SPÖ zu schreiben. Auf Wunsch der Redaktion darf ich nachstehend doch noch darauf eingehen, wo unsere Probleme liegen und wo ich Ansatzpunkte für ihre Lösung sehe.

SYMPTOME DER NIEDERLAGE

Wenn man wissen will, was in der SPÖ inhaltlich schief läuft, dann ist der Tweet der Parteevorsitzenden vom 29.9. ein guter Startpunkt der Analyse: „Es waren die richtigen Themen, auf die wir gesetzt haben, weil sie die Antworten auf die Probleme der Menschen sind. Und es werden weiterhin die richtigen Themen sein“. Aber eine SPÖ, die auf „Themen setzen“ muss, hat eigentlich schon verloren. Das merkt man ganz deutlich in der Politik der letzten Monate. Ein Beispiel:

Ja, wir setzen irgendwie auf die **Klimakrise**. Aber erstens nicht zu stark, denn wir könnten die Pendler und die Gewerkschaft verärgern. Zweitens wissen wir ja auch, dass das „Thema“ eigentlich den Grünen gehört – und deshalb wollen wir das in Wirklichkeit gar nicht, müssen aber doch irgendwie. Und, wir haben bei den einzelnen Punkten zu diesem „Thema“, die dann herausgekommen sind, viele Vorsichten und Rücksichten zu nehmen, auf Partikularinteressen in- und außerhalb der Partei. Die einzigen konkreten Forderungen, die es dann ins Wahlprogramm geschafft haben, sind das „1-2-3 Klimaticket“ und die „Elektrifizierung von Bahnstrecken“. Der Rest ist unkonkretes Gelaber. Jeder weiß, dass weder diese beiden Maßnahmen noch das Gelaber unser Klima retten werden. Aber egal, wir wissen ohnehin, dass uns deshalb niemand wählt. Und so kam es dann auch. Das eigentliche Problem ist aber das „Themen setzen“ an sich. Das muss man nämlich nur, wenn dem Wahlvolk nicht klar ist, wofür diese Partei steht, wofür ihre Mitglieder brennen.

DIE FEHLENDE ERZÄHLUNG

Es ist eigentlich peinlich, das erwähnen zu müssen, aber wir alle wissen es: Der Sozialdemokratie ist ihre große Erzählung abhanden gekommen. Ja, natürlich, wir sind für gut und gegen böse, für den sozialen Zusammenhalt, gegen den Neoliberalismus, für die Gleichberechtigung und gegen schwarz/blau sowieso. Insbesondere gegen schwarz/blau. Aber das große Weltbild, die große Utopie kamen uns irgendwann einmal abhanden. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Linke spätestens seit 1968 in einem Spaltungsprozess befindet: Auf der einen Seite die kleinen Hackler, die ihren Lebensstil bewahren und ihr kleines Glück verwirklichen wollen, auf der anderen Seite die Bobos, die Erben der Hippies, denen Frauenpolitik, Schwule, Transsexuelle und – allgemein gesprochen – die Identitätspolitik wichtig ist. Diese beiden Gruppen driften auseinander und auch innerhalb der spö verschärft sich dieser Konflikt seit Jahren. Dabei hat er sich ja fast schon von selbst gelöst: Die Hackler wählen seit Jahrzehnten die FPÖ (oder jetzt auch die ÖVP) und die Bobos wählen nun wieder die Grünen. Und dazwischen bleiben die Reste der spö. Wenn die spö nicht bald wieder zu einer gemeinsamen Erzählung kommt, warum es eine Linke braucht, die beide Gruppen in sich vereint, dann war es das mit der Sozialdemokratie.

Wir sollten also schleunigst überlegen, in welcher Welt wir leben wollen und wie diese funktionieren soll. Das mit der Weltrevolution wird ja wohl nichts mehr (und war auch nie so

die Sache der spö), aber was dann? Welchen Kapitalismus wollen wir? Welche Weltwirtschaft?

Was bedeutet Solidarität heutzutage? Wie kann ein Wirtschaftssystem unter den Bedingungen der Klimawandels aussehen? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wohin zieht unsere neue Zeit?

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, muss sich die Partei öffnen: Einerseits Leuten, die sich damit professionell beschäftigen, und die gibt es: WirtschaftswissenschaftlerInnen, PhilosophInnen, auch AutorInnen und KünstlerInnen u.v.a.m. Und andererseits ihrer eigenen Basis gegenüber, die schon seit Jahren nicht mehr gefragt wird – und wenn sie gefragt wird, wie zu CETA, dann ignoriert man sie gleich wieder. Die spö hat in den letzten Jahrzehnten mehrere hunderttausend Mitglieder verloren. Die, die es noch gibt, sollte man vielleicht auch in solche Prozesse einbeziehen – und offen mit ihnen diskutieren. Damit am Ende eine überzeugende Erzählung steht, die eine Vision für beide „Fraktionen“ der Linken darstellt.

Wenn man diesen Prozess nicht bald angeht, dann kann man das mit der Politik auch gleich lassen. Und: Solche Papiere in Hinterzimmern zu erarbeiten funktioniert nicht, das wissen wir bereits. Die Große Erzählung kann nur aus der Mitte der Partei kommen und in einem transparenten Prozess entstehen. Und das sollte sie sehr bald.

TRANSPARENZ

Im Jahr 2012 war der erste Höhepunkt einer öffentlichen Debatte über Transparenz in ihren verschiedenen Facetten – Transparenz bei den Lebensläufen der Abgeordneten, Transparenz in den Handlungen des Staates (Informationsfreiheitsgesetz gibt es bis heute keines) und Transparenz in den Finanzen der Parteien.

Zähneknirschend beschlossen also die Koalitionsparteien der Regierung Faymann im Parteiengesetz 2012 einige Regelungen, die zumindest minimalen Einblick in die Gebarung der Parteien erlauben sollen – nur, damit sie die Sozialdemokratie postwendend konterkariert, indem klassische Vorfeldorganisationen pro forma das Dach des Parteistatuts verließen und durch Vereine mit sonderbaren Namen ersetzt wurden, die zwar weder Geld noch Mitglieder haben, dafür aber Delegierte am Parteitag. Dass man diese Farce offenbar nicht bedachte, als man im „freien Spiel der Kräfte“ im Sommer 2019

strenge Obergrenzen für Parteispenden beschloss, sagt viel aus.

Was die SPÖ dringend lernen muss: Solche Manöver sind für eine sozialdemokratische Partei potentiell tödlich, denn sie untergraben ihre **Glaubwürdigkeit**. Das ist ganz im Unterschied zu Rechtspopulisten, denn deren WählerInnen haben ganz andere Wahlmotive. Ob ein Donald Trump Dreck am Stecken hat oder nicht, ist für seinen Wahlerfolg völlig unerheblich. Für Linke gelten andere Maßstäbe, und zwar die strengsten.

Es ist also hoch an der Zeit, das Thema Transparenz – und in diesem Zusammenhang auch die Themen Sauberkeit und strukturelle Korruption – in der SPÖ neu zu verhandeln und schonungslos anzugehen. **Die Partei muss sich neu aufstellen, und dazu ist eine wichtige Voraussetzung, solche Altlasten loszuwerden und für höchste Transparenz und maximale Sauberkeit in den eigenen Reihen zu sorgen.** Sonst wird das nichts mit der Glaubwürdigkeit und mit den WählerInnenstimmen.

PARTIZIPATION

Es ist ein fast gespenstischer Vorgang: Die SPÖ verliert das Vertrauen der Wähler in bis dato ungeahntem Ausmaß. Der Bundesgeschäftsführer tritt zerknirscht ab. Noch am selben Tag bestellt die Parteiführung einen Nachfolger, offenbar ohne ernsthafte Diskussion, was schief gelaufen ist, was anders werden muss oder auch nur, welche Qualifikationen jetzt erforderlich wären.

Natürlich kann man argumentieren, dass es das gute (statutarisch aber nicht verbrieft!) Recht der Parteivorsitzenden ist, sich ihren engsten Mitarbeiter selbst auszusuchen. Aber ist das auch gescheit? Und wozu sitzen dann so viele Menschen in Vorstand und Präsidium? Wie viele Köpfe braucht man, um so eine einsame Entscheidung abzunicken?

Es ginge auch anders: Man stelle sich vor, die Vorsitzende wäre nach dem Abgang von Thomas Drozda vor die Presse getreten, hätte eine Nachdenkpause ausgerufen und Drozda oder seine Stellvertreterin mit der Geschäftsführung betraut hätte, während ein/e Nachfolge/in gesucht wird.

Daraufhin treten – noch zu diskutierende – Mechanismen innerparteilicher Demokratie in Kraft, zum Beispiel: Es werden Vorschläge für mögliche KandidatInnen gesammelt, diese

werden eifrig diskutiert und in den Sektionen und Ortsorganisationen in geheimer Wahl abgestimmt.

Übrig bleibt eine Shortlist der bestgereihten KandidatInnen, die sich zwei Wochen lang im Internet und in parteiinternen Townhall-Meetings vorstellen und ihre Konzepte diskutieren – untereinander und mit der Parteibasis. Zum Schluss wählt die Parteibasis in einer Urabstimmung den oder die neue/n BundesgeschäftsführerIn.

Was haben wir gewonnen? Wir aktivieren den gesamten Parteiapparat, führen wichtige Diskussionen, reden erstmal seit langem wieder mit der Basis und schaffen es so, die SPÖ schrittweise zu reformieren und zu re-politisieren.

Was haben wir verloren? Hinterzimmerentscheidungen als Schnellschüsse ohne Substanz. Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin kein Freund von Basisdemokratie unter allen Umständen. Ich halte es für wichtig, dass in der Besetzung von Vorständen oder Wahllisten ein innerparteilicher Interessensausgleich stattfindet. Ich halte das für einen Vorteil gegenüber den bei den Grünen praktizierten Mehrheitsentscheidungen der Basis, denn die sind mit Interessensausgleich nicht kompatibel.

Dieses Argument gilt aber nicht für Spitzenpositionen auf allen Ebenen. Die Leitfigur bzw. der oder die leitenden Angestellten sollten immer von der Basis gewählt werden, ich finde kein ernsthaftes Argument, das dagegen spricht. Egal, ob es sich um Landesparteivorsitzende, BezirksparteisekretärInnen, SpitzenkandidatInnen auf jeder Ebene oder um Frauenvorsitzende handelt: Die Spitze ist zu wichtig, um sie im kleinen Kreis auszumuscheln.

WACHSTUM

Wenn eine politische Partei wächst und expandiert, dann wird jedes neue Mitglied mit offenen Armen empfangen, es ist ein Verbündeter auf dem gemeinsamen Weg. Gut zu beobachten ist das derzeit bei den Grünen.

Wenn eine Partei aber schrumpft, dann werden die verfügbaren Futtertröge tendenziell kleiner – denn die Partei hat weniger Mandate zu vergeben und kann weniger Geld ausgeben. Das führt zum paradoxen Phänomen, dass in solchen Organisationen neu Hinzukommende keine Verbündeten sind – sondern potenzielle Gegner im Kampf um die gerade noch

verfügbaren Ressourcen. Es findet also schon in den unteren Ebenen der Parteihierarchie eine Negativauslese statt: Insbesondere neue Mitglieder mit gewinnendem Auftreten, die gut reden und andere überzeugen könnten, werden „klein gehalten“ oder am besten gleich wieder vergrault, denn sie könnten ja am eigenen Sessel sägen – egal, ob sie das subjektiv wollen, oder nicht. Diese Negativauslese setzt sich dann natürlich nach „oben“ hin fort, mit den unangenehmen Konsequenzen, die wir alle kennen.

Nachwuchsförderung findet konsequenterweise auch keine statt, denn junge Menschen sind natürlich eine noch größere Gefahr – sie haben oft unkonventionelle Ideen und sind zwar nicht erfahrener, aber leistungsfähiger und „hungriger“ als die Alten. Die aktuelle Demographie mit den immer noch übermächtigen Baby-Boomern an den Schaltstellen der Macht tut das ihre zur Verstärkung dieser Phänomene. Im Ergebnis prägen dann die – fast sprichwörtlichen – überalterten spö-Sektionen mit ihren unpolitischen Beschäftigungstherapien das Erscheinungsbild der spö an der Basis.

Das sind natürlich allgemeine Beobachtungen und Prinzipien, zu denen ich jederzeit Beispiele bringen könnte. Es ist mir klar, dass es auch vereinzelte Gegenbeispiele gibt, denn die Partei und ihre Mitglieder sind kein monolithischer Block. Mir geht es aber darum, prinzipielle Strukturen und Funktionsweisen zu diskutieren, nicht Einzelfälle von da und dort.

Und dann gibt es noch ein Spezifikum der spö, nämlich den ausgeprägten hauptamtlichen Apparat an ParteisekretärInnen. Sie haben innerhalb der Organisation überhaupt kein Eigeninteresse, ehrenamtliches Engagement zuzulassen oder gar zu fördern. Denn engagierte ehrenamtliche Aktivistinnen bedeuten zusätzliche Arbeit, sie bedeuten Kontrollverlust und sie gefährden die eigene Position: Ist das ehrenamtliche Engagement nämlich erfolgreich, dann muss sich der oder die hauptamtliche MitarbeiterIn die Frage gefallen lassen, warum er oder sie das nicht selbst getan hat. Ist das Engagement aber nicht erfolgreich, dann fällt es auf den Parteisekretär zurück, denn er/sie muss das verantworten.

Es gibt also viele gute organisationsdynamische Gründe, warum sich die spö in einer Abwärtsspirale befindet und immer mehr Mitglieder, AktivistInnen und letztlich auch WählerInnen verliert. Diese Abwärtsspirale ist sicher nicht die einzige Schraube, an der dringend gedreht werden muss; aber ich denke, diese wurde noch nicht wirklich diskutiert.


Patentrezept, wie man diese Dynamik wieder umdrehen kann, habe auch ich keines. Immerhin läuft das jetzt schon seit Jahrzehnten so ab. Eine echte Organisationsreform muss dem jedenfalls entgegensteuern. Und die ist mehr als überfällig.

KOMMUNIKATION (NOT!)

Zum Abschluss meines Rants würde es mich natürlich reizen, über die Performance der spö im Web und in Social Media zu raunzen, die vielen hunderttausend Euro zu beklagen, die im Wahlkampf Facebook sinnlos in den Rachen geworfen wurden und über die Qualität der Arbeit der involvierten Agenturen zu jammern.

Ich werde es nicht tun. Mein alter Lehrer Helmut Schretter meinte einmal in einer Vorlesung, man könne dauerhaft gute Werbung nur für ein gutes Produkt machen. Und ein gutes Produkt – so würde ich ergänzen – ist eines, das die Bedürfnisse der Zielgruppe erfüllt.

Wir müssen also an der Qualität dieses Produktes „spö“ arbeiten, damit es auch wieder eine (größere) Zielgruppe findet, die sein Angebot zu schätzen weiß. Alle Probleme immer nur mit dem Verweis auf „schlechte Kommunikation“ abzutun, wie es Josef Cap gerne tat, bringt aus meiner Sicht überhaupt nichts.

Dieses „wir“ inkludiert die gesamte Partei, aber die Initiative dazu muss (zumindest auch) von der Parteispitze kommen. Sie hat jetzt noch genau einen Versuch, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Sie muss eine Dynamik glaubwürdiger Erneuerung, des Reformeifers, des Hinterfragens alt eingesessener Strukturen und des Abschneidens alter Zöpfe entfalten – eine **Dynamik des Aufbruchs!** Es gibt jetzt keine Tabus mehr, kein „das haben wir schon immer so gemacht“ oder „das haben wir noch nie so gemacht“. Wer glaubt, wir können die Partei durch ein bisschen „bessere Kommunikation“ oder durch ein paar neue Köpfe retten, der hat den Ernst der Lage definitiv nicht verstanden. 

MICHAEL EISENRIEGLER

ist Internet-Unternehmer, seit 1980 in der Sozialdemokratie engagiert und zuletzt bis 2018 Social-Media-Berater von Christian Kern und der spö.

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Wolfgang Paalen (1905-59)

Nuage articulé II, 1937-40, Naturschwamm auf Regenschirm 66 x 94 cm

Privatsammlung, Berlin

© Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

Auf in eine neue Zeit!

SPÖ-Bundesgeschäftsführer **Christian Deutsch** analysiert die Gründe für die Wahlniederlage vom 29. September und zieht Schlussfolgerungen, was nun zu tun sei.

Die österreichische Sozialdemokratie ist eine stolze Bewegung, die unser Land seit nunmehr 130 Jahren prägt wie keine andere. Keine andere Partei hat seit der Ersten Republik so viel dazu beigetragen, dass Österreich sozial und wirtschaftlich so gut dasteht. Wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass die Menschen gute Arbeitsbedingungen vorfinden und Arbeitszeiten, die ihnen genügend Raum für Freizeit und ein Familienleben ermöglichen. Wir waren es, die Österreich modernisiert und gerechter gemacht haben. Wir haben mit dem sozialen Wohnbau dazu beigetragen, dass die Menschen ein leistbares und sicheres Dach über dem Kopf haben. Dass die Kinder in diesem Land die beste Bildung bekommen und zwar unabhängig von der Geldbörse der Eltern und dass unser solidarisches Sozialsystem ein würdiges Leben im Alter und die beste Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Land gewährleistet.

SOZIALDEMOKRATIE HEUTE WICHTIGER DENN JE

Es gibt Stimmen, die meinen, dass die Sozialdemokratie mit all diesen Errungenschaften ihren Auftrag erfüllt hat und die fragen, ob es die Sozialdemokratie heute überhaupt noch braucht. Diese Frage beantworte ich mit einem ganz klaren und deutlichen Ja. Der rote Faden für unsere Arbeit sind unsere unverrückbaren Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – eine Politik unter diesen Prämissen verliert nie an Aktualität und Notwendigkeit. Viele Menschen erleben zurzeit einen Rückschritt in vielen gesellschaftlichen Bereichen und die aktuellen Herausforderungen zeigen: Es braucht mehr Sozialdemokratie in diesem Land! Die Arbeitsbedingungen der Menschen wurden unter Türkis-Blau verschlechtert, Stichwort 12-Stunden-Tag. Der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt. Im Bildungssystem

mangelt es an Lehrkräften und die Zerschlagung der Sozialversicherung wird sich noch als Belastung für die Patientinnen und Patienten herausstellen. Ein leistbares, sicheres Dach über dem Kopf zu finden, wird immer schwieriger und von Einkommensgerechtigkeit sind wir noch weit entfernt. Auch die Klimakrise ist keine Zukunfts-, sondern eine Gegenwartsfrage, die wir SozialdemokratInnen mit Blick auf soziale Auswirkungen lösen wollen. Dass 300.000 Kinder in Österreich armutsgefährdet sind, ist eine Schande für unser Land! All diese Herausforderungen zu bewältigen, gehört zu den ureigensten Kernkompetenzen der Sozialdemokratie, dafür haben wir Antworten und konkrete Lösungsvorschläge. Wir sprechen die richtigen Themen an, die die Menschen in ihrem täglichen Leben berühren. Das haben auch Analysen nach der Nationalratswahl 2019 gezeigt.

DIE GRÜNDE FÜR UNSER WAHLERGEBNIS

Das Wahlergebnis bei der vergangenen Nationalratswahl hat das leider nicht deutlich gemacht. Dieses Ergebnis war ein dramatisches, da gibt es nichts zu beschönigen. Was waren die Gründe dafür? Unsere Ausgangslage war eine sehr schwierige. Wenige Monate vor der Wahl hat sich der ehemalige Vorsitzende Christian Kern für uns alle sehr überraschend zurückgezogen. Pamela Rendi-Wagner hat in dieser schwierigen Phase Verantwortung gezeigt und als erste Frau in unserer 130-jährigen Geschichte im November 2018 den Parteivorsitz übernommen. 2019 folgten hintereinander die Europawahl und die vorgezogene Nationalratswahl. Der erfolgreiche Misstrauensantrag als Folge des Ibiza-Videos und der Regierungskrise war in der Bevölkerung unpopulär und führte zu absehbarer medialer Kritik. Rendi-Wagner hat hier aber nicht taktisch nach dem Motto „Was nützt mir?“ entschieden, sondern sie stand zu ihrer Überzeugung und hat Haltung bewiesen. Dass ein im

rechts-konservativen Lager, das die Mehrheit darstellt, beliebter Bundeskanzler sein Amt abgeben muss, hatte unmittelbar danach extrem negative Auswirkungen in den Umfragen.

Hinzu kamen zwei „Comeback-Stories“, die sich durch den Wahlkampf gezogen haben: das Comeback der Grünen im Parlament und jenes von Sebastian Kurz als Bundeskanzler. Die „Comeback-Story“ der Grünen wurde durch das Klimathema, das durch die „Fridays for Future“-Bewegung Hochkonjunktur hatte, unterstützt.

Bemerkenswert war auch der fehlende Diskurs. Wir haben einen stark inhaltlichen Wahlkampf geführt und in dichter Folge Konzepte und Themen zu den Schwerpunkten Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Klima präsentiert. Doch was waren die Themen, die tagtäglich in den Medien großen Platz eingenommen haben? Schredder-Affäre, öVP-Finanz-Leaks, blaue Spesenexzesse. Diese Themen haben den Wahlkampf sehr stark überlagert. Ein inhaltlicher Diskurs über brennende Fragen zur Zukunft Österreichs fand nicht statt.

Faktum ist: Man gewinnt und verliert immer gemeinsam. Das Wichtigste aber ist, nun nach einer umfassenden Analyse aus diesem Ergebnis die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

AN DIE ARBEIT! BEWEGUNG IN DIE BEWEGUNG BRINGEN

Wir wissen, dass wir keine Zeit verlieren dürfen, da es darum geht, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen und ihnen unsere Inhalte wieder erfolgreich zu vermitteln. An einem Erneuerungsprozess der Partei auf breiter Basis führt daher kein Weg vorbei. Meine Aufgabe ist es, diese Erneuerung gemeinsam mit den Ländern und Organisationen umzusetzen. Mir ist es auch wichtig, klarzumachen, dass wir gemeinsam in der Partei Erarbeitetes geschlossen vertreten. Auch das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Nur so gelingt es, das Vertrauen in die Sozialdemokratie zurückzugewinnen.

Ich habe daher unmittelbar nach meiner Bestellung zum SPÖ-Bundesgeschäftsführer die Arbeit an unserer Erneuerung aufgenommen und viele Gespräche mit unseren LandesgeschäftsführerInnen, den Organisationen und zahlreichen MitarbeiterInnen geführt. Es ist wichtig zu wissen, wo die Probleme in den Bundesländern gesehen werden, denn die Bundesorganisation ist die Summe der Länder. Keine zwei Wochen nach dem Wahltag haben wir in einer Präsidiumsklausur und einer

Sitzung des Bundesparteivorstandes den Startschuss zu unserer Erneuerungsbewegung gegeben, an deren Spitze unsere Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner steht. Wir bringen Bewegung in die Bewegung!

ERNEUERUNG AUF ALLEN EBENEN

Unter dem Motto „An die Arbeit!“ wollen wir die Partei öffnen und modernisieren. Klar ist, dass die SPÖ auf mehreren Ebenen neu ausgerichtet werden muss: inhaltlich, kommunikativ und organisatorisch. Auf der einen Seite sind eine tabulose und ehrliche inhaltliche Diskussion zu führen und weitere Inhalte in unser Portfolio aufzunehmen. Kommunikativ setzen wir noch stärker auf moderne Kommunikationsmittel. Unseren erfolgreichen Social Media-Auftritt im Wahlkampf – die SPÖ lag im Parteienvergleich in Sachen Social Media ganz vorne – wollen wir weiter ausbauen. Und die dritte Ebene sind organisatorische Maßnahmen mit den Ländern und Bezirken. Jede Landes-, Bezirks- und Teilorganisation ist jetzt dazu aufgerufen, die auf unserem Parteitag im Vorjahr nach langem Diskussionsprozess und unter Einbeziehung unserer Mitglieder beschlossene Organisationsreform umzusetzen. Denn das ist der erste Schritt unserer Erneuerung: Füllen wir unsere Organisationsreform mit Leben! Die vergangenen Monate mit zwei Wahlkämpfen haben dazu wenig Raum gelassen. Die Parteiorganisationen sind dazu aufgefordert, sich zu inhaltlichen und strukturellen Zielen zu beraten und zielgruppenspezifische Vorschläge für Zukunftsprojekte zu machen – noch bis Ende dieses Jahres. Wir wollen wissen, wie unsere Mitglieder, Frauen, junge Menschen und PensionistInnen wieder gezielt angesprochen und an Bord geholt werden können. Wo es organisatorisch weiße Flecken auf der SPÖ-Landkarte gibt, müssen wir neue Angebote schaffen. Alle sollen aktiv und verantwortungsvoll an dieser Erneuerung mitarbeiten. Die gesamte Partei ist hier gefordert! Und ich werde dafür sorgen, dass der gesamte Prozess sehr transparent ablaufen wird, indem Mitglieder und Öffentlichkeit immer wieder zeitnah über den aktuellen Stand informiert werden. Zudem werden sowohl die Jugendorganisationen als auch unsere Mitglieder in Zukunft noch stärker eingebunden als das bisher der Fall war. Ich war selbst lange Zeit in der Sozialistischen Jugend tätig, ich weiß, wie wichtig es ist, sich um den politischen Nachwuchs zu kümmern.


TÜREN AUF FÜR WISSENSCHAFT, KUNST UND ZIVILGESELLSCHAFT

Gleichzeitig fördern wir wieder verstärkt den Dialog mit

Persönlichkeiten und Institutionen über die Parteigrenzen hinaus. Schauen wir über den politischen Tellerrand und auch über den KernwählerInnenbereich hinaus! Wir öffnen unsere Türen und Fenster und werden in unseren Zukunftslabors „Die neue Zeit“ mit AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Kunst und Wissenschaft über wesentliche gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen des 21. Jahrhunderts und Ableitungen für die Zukunft sprechen. Es ist uns wichtig, dass wir uns wieder viel stärker mit den Pionierinnen und Pionieren im Land, mit ExpertInnen, vernetzen und ihren wertvollen Input etwa in Fragen der Technologien und der Digitalisierung in unsere Arbeit einfließen lassen. Die Arbeit an den Zukunftslabors wurde bereits aufgenommen und wird von einem starken Frauenteam koordiniert.

Die Ergebnisse dieser Prozesse münden in eine österreichweite Mitgliederbefragung – die größte, die es in der Parteigeschichte je gegeben hat. Am Ende des Erneuerungsprozesses steht ein großer Zukunftskongress, in dem unsere Reformen vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Mit dem Tag der Arbeit soll unser Prozess „An die Arbeit!“ abgeschlossen sein und die Umsetzung vorangetrieben werden. Unsere Partei muss zukunftsfit und kampagnenfähig gemacht werden, denn Österreich braucht eine starke Sozialdemokratie.

ERNEUERUNG UND POLITISCHE ARBEIT FÜR DIE MENSCHEN GEHEN HAND IN HAND

Was mir noch sehr wichtig ist: Dieser Erneuerungsprozess ist kein Selbstzweck, er dient nicht der Selbstbeschäftigung! Es geht uns um die Inhalte, es geht uns um unser schönes Österreich und um die Lebensbedingungen der Menschen, die hier leben. Wir werden weiterhin Initiativen setzen, die das Leben der Menschen in Österreich spürbar verbessern. Schon in der ersten Parlamentssitzung dieser Legislaturperiode haben unsere Abgeordneten daher Anträge unter anderem zur Bekämpfung der Kinderarmut in Österreich und der Klimakrise eingebracht, und ein Konjunkturpaket, um die abflauende Wirtschaft anzukurbeln. Für uns ist klar: Wir wollen ein sozial, wirtschaftlich und ökologisch starkes Österreich und eine Politik mit sozialdemokratischer Handschrift! 

CHRISTIAN DEUTSCH

ist seit Oktober 2019 Bundesgeschäftsführer der SPÖ. Davor war er Leiter des SPÖ-Nationalratswahlkampfes 2019. Er ist Wiener Gemeinderat und war von 2008 bis 2014 Landesparteisekretär der SPÖ Wien.

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Wolfgang Paalen (1905-59)
Wolfgang Paalen, "El Velorio", 1946
© Belvedere, Wien

Verantwortung zur Veränderung

In seinem Diskussionsbeitrag zur Zukunft der Sozialdemokratie fordert der Tiroler Landesparteivorsitzende **Georg Dornauer** strukturelle und inhaltliche Änderungen ein. Der Forderung nach einer Direktwahl des Parteivorsitzes komme Berechtigung zu, Regionalpolitik sei ins Zentrum zu rücken und Gesellschaftspolitik müsse mit den Menschen, nicht über sie hinweg gemacht werden.

Die Sozialdemokratie musste am 29. September 2019 eine historische Niederlage hinnehmen. Unsere Partei steht vor großen Herausforderungen. Lippenbekenntnisse, leere Versprechungen oder willkürliche Personalrochaden sind jetzt zu wenig. Wir brauchen eine echte Veränderung: strukturell und politisch-inhaltlich.

Seit 2017 haben sage und schreibe 350.000 Wählerinnen und Wähler den Glauben daran verloren, dass die SPÖ die Probleme des 21. Jahrhunderts angehen und bewältigen kann – für viele sprechen wir diese Probleme schon gar nicht mehr an. Um diese Menschen zurückzugewinnen, und darüber hinaus Menschen von der Sozialdemokratie zu begeistern, müssen wir eine Bewegung werden, die glaubhaft Probleme anspricht und mit ihrer lösungsorientierten Politik wieder alle Gesellschaftsschichten mitnimmt.

Der dafür notwendige Prozess der Veränderung muss mutig und konsequent sein. Und es darf keine Denkverbote geben. Die folgenden Punkte sollen einen Input dafür liefern, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

Wir müssen jetzt den Mut haben, mit einem weißen Blatt zu beginnen. Auch wenn wir uns nach jeder Wahl Niederlage wieder dazu bekannt haben, eine echte Veränderung ist der SPÖ nie gelungen. Unter anderem deshalb, weil wir immer versucht haben, die bestehenden Strukturen

anzupassen. Was es jetzt braucht? Wir müssen die Strukturen der Sozialdemokratie von Grund auf neu denken – ohne Angst vor den „powers that be“.

Wir dürfen uns vor den Möglichkeiten der Digitalisierung nicht verschließen. Mehr Mitbestimmung – bei der Wahl des Vorsitzenden, bei der Abstimmung über einen etwaigen Koalitionsvertrag, bei der Formulierung inhaltlicher Positionen. Diese Forderung taucht seit Jahrzehnten immer wieder auf. Weil sie ihre Berechtigung hat: Eine politische Bewegung ist immer nur so stark, wie die Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die sie motivieren und binden kann, wie die Menschen die für sie kämpfen. Es ist Teil der sozialdemokratischen DNA, der Macht des Kapitals die Macht der Masse gegenüberzustellen.

In Tirol ist ein Mehr an Mitbestimmung bereits gelebte Praxis. Ich bin am 2. März 2019 auf einem mitgliederoffenen Parteitag zum Vorsitzenden der Landespartei gewählt worden. Jedes Mitglied hatte die Möglichkeit, sich zum Parteitag delegieren zu lassen und über mehr als 30 inhaltlich-programmatische Anträge zu diskutieren und abzustimmen. Wir haben damit in Tirol nur die besten Erfahrungen gemacht: Der Parteitag 2019 war so gut besucht wie keiner in der 128jährigen Geschichte unserer Landespartei.

Wer mitreden will, soll mitreden können. Unsere Gremienstruktur ist verkrustet und aus der Zeit gefallen. Wenn es überhaupt gelingt neue Mitglieder zu gewinnen, verlieren diese oft in dem Moment die Lust an der politischen Arbeit, wenn sie das erste Mal an Parteisitzungen auf

Gemeinde-, Bezirks- oder Landesebene teilnehmen und mit der statutarischen Realität in der SPÖ konfrontiert werden. So kommen wir nicht nur nicht weiter, so vergraulen wir auch genau die (jungen) Menschen, die sich für die sozialdemokratischen Ideen engagieren wollen.

Die Öffnung von Gremien für alle Mitglieder – dort, wo es organisatorisch möglich ist – kann ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Dort wo es nicht möglich ist, können wir wiederum außerdem mit digitalen Hilfsmitteln mehr Demokratie möglich machen.

POLITISCH-INHALTLICHE VERÄNDERUNGEN

Die Regionen sind der Schlüssel im Kampf gegen den Neoliberalismus. Doch in der Politik der SPÖ ist die regionale Ebene noch nicht in dem Umfang implementiert und mitgedacht, wie sie es sein müsste: Die Globalisierung hat die Regionen in die zweite Reihe gedrängt. Das ist ein Fehler, weil die Regionen der Ort sind, wo das Leben passiert. Hier lebt man, hier arbeitet man, hier hat man seine Freunde, hier gestaltet man seine Freizeit. Wer ein gutes Leben für alle sicherstellen will, muss den Regionen – trotz, oder gerade wegen der Globalisierung – den Handlungs- und Gestaltungsspielraum zurückgeben, indem wesentliche Entscheidungen, wie die Gestaltung des Zusammenlebens, die Kinderbetreuung, oder die eigene Energieversorgung wieder von den Menschen getroffen werden, die direkt betroffen sind. Durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann es außerdem gelingen, die Wertschöpfung in der Region zu halten und sogar zu stärken. Regionale Produktion, regionale Vermarktung, regionaler Handel – und das nicht nur im Bereich der Lebensmittel, sondern in allen Bereichen. Österreich zu einem echten Bio-Land zu machen, ist der sinnvollste Schritt im Kampf gegen den Klimawandel.

Gesellschaftspolitik muss mit den Menschen gemacht werden, nicht über sie hinweg. Um das landläufigste Beispiel heranzuziehen: Wo es Probleme mit der Integration von Zugezogenen gibt, müssen sie auch angesprochen und angegangen werden. Wertfrei, unbürokratisch und lebensnah. Die Sozialdemokratie hat sich vor unangenehmen Themen in der Vergangenheit oft weggeduckt, statt sie offensiv anzugehen und sie konstruktiv auf- und abzuarbeiten. Gesellschaftspolitik muss mit den Betroffenen gemacht werden. Und davor müssen wir keine Angst haben:


Meine Erfahrung als Bürgermeister zeigt mir: Die Starken helfen den Schwachen – egal ob In- oder Ausländer.

Bildung ist die Chance. Der Arbeitsmarkt – und damit die Lebenssituation der Menschen in diesem Land – steht vor großen Herausforderungen. Die Digitalisierung und der permanente Wandel bringt alle Marktteilnehmer an die Belastungsgrenzen – von der Unternehmerin bis zum Angestellten. Gleichzeitig erleben wir einen beispiellosen Mangel an Fachkräften in allen Bereichen. Wenn wir uns als Gesellschaft langfristig behaupten wollen, müssen wir in unsere Bildung investieren. In Bildung, die jedem Kind die gleichen Chancen gibt. In Bildung, die es auch Erwachsenen ermöglicht, sich auf neue Herausforderungen einzustellen und Bildung, die in gesellschaftlich relevanten Zukunftsfragen klar auf Exzellenz ausgerichtet ist.

KMUs, EPUs, Arbeiter und Angestellte sitzen im selben Boot. Die neuen Herausforderungen gehen uns alle an. Egal ob als kleiner Selbstständiger oder als Angestellter. Alle kämpfen ums Überleben im großen Spiel des Neoliberalismus. Es ist höchste Zeit, dass auch wir als Sozialdemokratie damit aufhören, Unternehmen und Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Alle, die ihr Leben durch Arbeit und nicht durch Kapitalertrag sichern, sitzen im selben Boot. Genau diese Menschen zu vertreten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie – ohne Wenn und Aber.

Hauptaufgabe der Sozialdemokratie ist die Sicherung des sozialen Friedens. Das erfordert vor dem Hintergrund der Digitalisierung neue politische Maßnahmen. Nicht umsonst sprechen sich die reichsten Menschen der Welt für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus: Wir werden in Zukunft weniger arbeiten – der technologische Fortschritt macht das möglich. Darauf müssen wir ad hoc mit neuen Arbeitszeitmodellen, wie der generellen 35 Stunden-Woche reagieren, mittel- und langfristig unser System der sozialen Absicherung neu aufstellen: Dabei wird ein bedingungsloses Grundeinkommen alternativlos sein. Und finanzierbar: Jede technische Revolution hat uns gezeigt: Die Wertschöpfung bleibt, das Kapital wächst. Dieses muss nur gerecht verteilt werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Die reichsten 10% in Europa verfügen über 90% des Reichtums. Global betrachtet ist die Verteilung noch schlimmer – und die Chancen durch die eigene Ar-

beit „reich“ zu werden, werden immer schlechter. Das sorgt nicht nur für soziale Spannung – es wird der Tag kommen, an dem dieser Umstand den sozialen Frieden gefährdet. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, diese sozialen Frieden mit aller Kraft zu verteidigen, indem wir uns für Fairness und Gerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums stark machen – mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stellen. 

GEORG DORNAUER

ist Landesparteivorsitzender der SPÖ Tirol, Klubvorsitzender im Tiroler Landtag und Bürgermeister der 1.300-EinwohnerInnen-Gemeinde Sellrain im Bezirk Innsbruck-Land.

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Wolfgang Paalen (1905-59)

Wolfgang Paalen, um/ca. 1940

Foto: Eva Sulzer, Privataarchiv Andreas Neufert

(Copyright Succession Sulzer, The Wolfgang Paalen Society e.V.)

Die SPÖ in der Krise – ein Aufruf zur Veränderung

Max Lercher skizziert in seinem Beitrag, warum die Sozialdemokratie eine Neugründung braucht und was er unter diesem Begriff versteht.

Die Sozialdemokratie steckt in der Krise. In Österreich durch die letzte Wahlniederlage ganz besonders. Aber diese Nachricht erreicht uns auch sonst täglich auf allen Kanälen.

Die sozialdemokratischen Parteien scheinen oft selbst nicht mehr zu wissen, was sie wollen und was ihre Aufgabe ist. Das führt zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit und des Vertrauens. Die Rechten und die Konservativen befeuern diese Diskussion mit Vorliebe. Sie feiern schon seit Jahren das vermeintliche Ende der sozialdemokratischen Idee.

Ja, die Sozialdemokratie steckt in einer Krise. Nicht erst seit gestern, sondern leider schon seit vielen Jahren. In einer Sinnkrise: Wir sind gefangen im Verteidigen alter Errungenschaften. Die großen Visionen für die Zukunft dagegen fehlen. Wir begeistern oft genau die Menschen nicht mehr, für die unsere Bewegung eigentlich gegründet wurde. Aber diese Krise ist nicht das Vorzeichen unseres Untergangs. Sie ist eine Chance. Sie ist die Gelegenheit zur Neugestaltung einer lebendigen, kämpferischen Bewegung. Dafür müssen wir zunächst klären, woran unsere aktuelle Krise liegt.

AUS MEINER SICHT GIBT ES MEHRERE GRÜNDE.

Die SPÖ krankt an verkrusteten Strukturen. Ent-

scheidungsträgerInnen wollen ihre Macht oft nicht teilen, erwarten aber gleichzeitig von AktivistInnen und Ehrenamtlichen, dass sie uns uneingeschränkt unterstützen. Das ist ein Widerspruch, der sich einfach nicht ausgehen kann.

Es braucht Foren in denen Kritik artikuliert werden kann und eine Durchlässigkeit unserer Strukturen. An Urwahlen auf möglichst allen Ebenen und der Möglichkeit thematisch mitzuentcheiden, führt aus meiner Sicht kein Weg vorbei.

Opportunismus. Opportunismus und TrittbrettfahrerInnen gibt es bei großen Organisationen immer und überall. Entscheidend ist, an welchem Platz sie sitzen. Wenn die Organisation in der Lage ist, den Opportunismus im Zaum zu halten, dann ist es nicht weiter schlimm. Aber wenn die OpportunistInnen die tragenden Rollen übernehmen, dann wird es zu einem Riesenproblem. Und genau das ist bei der SPÖ zum Teil passiert. Das lässt sich nur ändern, indem wir die Rechenschaftspflicht unserer gewählten VertreterInnen erhöhen. Diese haben die Pflicht, nachzuweisen, dass sie über Unterstützung in der Bevölkerung verfügen. Tatsächliche Wahlen in unserer Organisation machen es OpportunistInnen viel schwerer auf ihren Sitzen picken zu bleiben. Da es ihnen an echtem Rückhalt zumeist fehlt.

Die SPÖ hat ein Empathieproblem. Wir überzeugen nicht mehr so viele Menschen wie früher. Um zu verstehen,

warum das so ist, muss man den Stammtisch verstehen, davon bin ich überzeugt. Ich meine damit nicht den Stammtisch als Ort, wo Stammtischparolen ausgegeben werden – sondern den Stammtisch in seiner Vielfalt an sozialen Bedeutungen. In meiner Heimatgemeinde genauso wie in den Wiener Innenbezirken. Im Stammbeisl, im Pub ums Eck genauso wie beim Kirchenwirtin. Er ist überall dort, wo Menschen zusammenkommen und miteinander über ihre Probleme und Sorgen reden, wo sie sich über Politik genauso unterhalten wie über ihre Kinder und Enkel, über Fußball, die Arbeit und die Pension. An diesen Gesprächen nehmen wir als Sozialdemokratie oft nicht teil, wir kennen die teilweise gar nicht mehr – und wenn, dann sprechen wir oft eine Sprache, die keiner versteht. Uns fehlt zunehmend das Verständnis für die Lebenswelt normaler Leute – die hart arbeiten, Verpflichtungen in der Familie haben und ihren vielen, vielen Verantwortungen nachkommen wollen. Es gibt viel, das wir verbessern! Gleichzeitig müssen wir selbstsicher und überzeugt erklären, warum unsere Forderungen richtig sind. Nur, wenn wir starke Ideale haben – und diese Ideale in jeder unserer Forderungen sichtbar sind – können wir die Menschen überzeugen. Unsere derzeitigen Strukturen fördern nicht die, die sich dieser Debatte stellen. Viele tun das freiwillig trotzdem, aber belohnt wird eher die Kunst der Hinterzimmerverhandlungen als die Fähigkeit Menschen zu begeistern.

Die SPÖ und die Vielfalt. Eine Demokratie muss für jeden Menschen da sein. Rechte und konservative PolitikerInnen versuchen heute mehr denn je, unterschiedliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Hackler gegen Studenten, Stadt gegen Land, Alt gegen Jung, Minderheiten gegen „vermeintliche Mehrheiten“. Diese Konflikte werden dazu benutzt, um ungestört soziale Leistungen kaputt zu machen, die wir gemeinsam über viele Jahrzehnte aufgebaut haben. Als Sozialdemokratie dürfen wir dabei nicht mitspielen. Unser Versprechen eines guten Lebens für alle Menschen bedeutet, dass es für ausnahmslos jede und jeden gilt.

Wer sich für jede und jeden einsetzt, muss wieder das System kritisieren. Der Kampf um Selbstbestimmung ist immer auch ein Kampf um Chancen und um Möglichkeiten. Daher war unsere Erzählung von Anfang an eine wirtschaftspolitische. Es geht im Endeffekt darum, dass ausnahmslos jede und jeder ein selbstbestimmtes Leben aufbauen kann. Frei von Diskriminierung, Gewalt oder Zwang. Das gilt für den Arbeiter in der Stahlfabrik genauso wie für die Alleinerzieherin oder die lesbische Gemischtwarenverkäuferin. Kritik

"Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und bemänteln dessen, was ist."

Ferdinand Lassalle

am System und der Kampf gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeit gehen Hand in Hand. Daher sind viele Menschen auch bei unseren gesellschaftspolitischen Zielen mitgegangen, selbst wenn sie selber gar nicht betroffen waren – eben weil sie verstanden haben, dass es allen schadet, wenn einer unterdrückt wird. Unsere Aufgabe muss es daher sein, dass wir das Wohlstandsversprechen so erneuern, dass die breite Mehrheit der Menschen davon profitiert.

Würde. Diese Würde ist für mich der Respekt, den wir Menschen geben. Als die SPÖ vor mehr als 120 Jahren in den Ziegelwerken vor Wien gegründet wurde, da haben wir Menschen nicht erklärt, dass wir jetzt alle Probleme für sie lösen und sie sich zurücklehnen können. Nein, wir haben die Menschen mitgenommen. Wir haben sie organisiert und Politik nicht für sie, sondern durch sie gemacht. Wir haben Bildungs-, Sport- und Kulturvereine für Arbeiterinnen und Arbeiter gegründet, weil genau diesen Menschen vom herrschenden System viel zu lange ihre Würde genommen wurde. Der Proletenstolz – der Stolz auf die Arbeit, die HacklerInnen leisten – war lange die Basis unserer Bewegung. Daraus haben wir unsere Forderungen abgeleitet. Und mit diesem Rezept, nämlich jedem Menschen die Würde zu geben, wird es uns auch wieder gelingen wieder erfolgreich zu sein.

Sicherheit. Da geht es auch um Sicherheit. Darum, sicherzustellen, dass ein Leben in Würde möglich ist. Meine Partei muss mir diese Sicherheit geben. Sicherheit vor Übergriffen. Sicherheit vor Armut. Sicherheit vor Gewalt. Sicherheit, dass ich nicht sofort auf der Straße sitze, wenn es mir einmal schlecht geht, wenn ich krank werde oder meine Arbeit verliere. Und die Sozialdemokratie muss auch in einer globalisierten Welt Sicherheit und Halt geben. Wenn die Globalisierung so funktioniert, dass die sozialen Rechte weniger und die neoliberale Wirtschaft rabiater wird, dann hat die Sozialdemokratie sich auch da einzumischen. Dazu braucht es auch die internationale Ebene. Es braucht internationale Solidarität.

Solidarität. Solidarität ist überhaupt ein wichtiger Begriff. Sozialleistungen zum Beispiel sind Ausfluss der Solidarität; aber sie sind auch der Ausdruck einer viel größeren Idee. Da geht es um zwischenmenschlichen Respekt und das Verständnis, dass alle Menschen in einem Staat gleich viel wert sind – und dass alle Menschen irgendwann, im Laufe ihres Lebens, einmal auf Unterstützung angewiesen sein werden (in Form von Bildung, Gesundheitsversorgung, Pensionsvorsorge, und so weiter). Entsprechende Unterstützung ist ein Anspruch, kein Gnadentat. Das müssen wir auch so formulieren.

Wieder um jeden Menschen kämpfen. Wenn es der freiheitlichen Partei gelingt, die Sozialdemokratie als den Feind der arbeitenden Bevölkerung darzustellen, dann kann die Antwort der Sozialdemokratie nicht sein: „Diese Wählerinnen und Wähler sind für uns dauerhaft verloren, das sollten wir gar nicht mehr probieren.“ Es geht um Würde, um Anerkennung der eigenen Leistung – wer arbeitet, wird respektiert, da ist die Herkunft egal. Das ist Proletenkultur. Die ist immer noch geprägt von der Sozialdemokratie. In unserer besten Zeit hat unsere Bewegung dafür gesorgt, dass Menschen, die Tag für Tag arbeiten, auch stolz darauf sein können. Das müssen wir wieder herstellen. Miteinander für eine faire Verteilung des Wohlstandes einzutreten, statt nur zu belehren und nach formalen Bildungsabschlüssen (ab)zu klassifizieren.

Wir haben WählerInnen an die Enttäuschung verloren. Aus meiner Sicht ist der Hauptgrund, dass viele ehemalige Rote heute längst blau oder grün oder gar nicht wählen, ihre Enttäuschung. Wir wählen andere, um euch zu bestrafen, um euch auch wieder dahin zurückzubringen, wo es irgendwann mal für uns besser war: Bemüht euch wieder, dann überlegen wir uns das vielleicht noch einmal. Und man erwartet, dass unsere Werte auch durch unsere SpitzenvertreterInnen authentisch repräsentiert wird. Da ist eine gigantische Kluft entstanden.

Die gute Nachricht ist: diese Enttäuschung können wir politisch bearbeiten. Schwieriger wird es, wenn wir den Menschen egal werden und gar nicht mehr über uns diskutiert wird. Genau da haben wir jetzt eine unglaubliche Chance angesichts der letzten Bundesregierung. Wir haben die einmalige Möglichkeit, unsere eigenen Fehler zu korrigieren, zurück zu unseren Wurzeln zu finden und wieder authentisch zu kämpfen.

Stolz. Ich geniere mich nicht, Sozialdemokrat zu sein.

Und schon gar nicht schäme ich mich für meine Herkunft. Ich bin Prolet, das ist mein Hintergrund, und das bin ich gerne. Ich bin stolz darauf. Das elitäre Gehabe, das man teilweise in meiner sozialen Blase und in den Medien beobachten kann, finde ich verlogen. Stolz zu sein, auf die ArbeiterInnen, auf unser Proletariat, heißt nicht: sich anbiedern oder den Leuten nach dem Mund reden. Es heißt: Die Menschen ernst genug zu nehmen, um sich mit ihnen auf Augenhöhe auseinanderzusetzen. Wenn ich jemanden schätze, dann ist mir seine Meinung wichtig. Dann versuche ich, ihn mit Argumenten zu überzeugen.

Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit ist weit wichtiger als Macht. Wer die Glaubwürdigkeit am Altar der Macht opfert – und das haben wir getan – wird am Ende alles verlieren. Wir haben sozialdemokratisch zu wirken und zu handeln. Tag für Tag. Dazu brauchen wir Mut.

Die Sozialdemokratie muss bedingungsloser werden in der Umsetzung ihrer Forderungen. Es ist gut, wenn wir regieren, aber wir haben zu oft nur das erfüllt, was von uns sowieso erwartet wird. Wir verwalten. Und dann wünschen wir uns Lob dafür. Aber für das was ohnehin erwartet wird, bekommt man kein Lob. Wenn ich rot wähle, dann reicht die Verteidigung sozialer Rechte aber ganz sicher nicht aus. Das muss die minimale Basis unseres Erfolgs sein, nicht das maximale Ergebnis. Erfolgreich sind wir dann, wenn wir eine Vision, eine große Geschichte für die drängenden Probleme unserer Gesellschaft anbieten – eine Ansage, der wir dann auch auf voller Linie Rechnung tragen.

Was heißt das alles für die politische Tagesarbeit? Ganz einfach: Wir müssen an unserem Selbstverständnis arbeiten. Wir müssen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts anerkennen und unsere Art, politisch zu arbeiten, neu definieren – sowohl in der inhaltlichen Ausrichtung, als auch in der Struktur und Denkweise unserer Partei. Unsere Grundwerte haben sich seit mehr als 120 Jahren nicht geändert und das ist gut so. Heute stehen wir vor der Frage, wie wir unsere Geschichte auf Basis dieser Werte neu erzählen.

Wir müssen wieder einfache Fragen stellen, klare Positionen vertreten und mutige Ideen formulieren. Wie funktioniert Wirtschaft? Was bedeutet Arbeit? Und was ist die Aufgabe von Politik im 21. Jahrhundert? Dadurch werden auch die Widersprüche des bestehenden, neoliberalen Systems deutlich

sichtbar. So können wir an einer neuen Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Idee arbeiten.

Dazu gehört, dass wir unsere inhaltlichen Differenzen einmal ernsthaft ausdiskutieren und wieder einen gemeinsamen Rahmen finden. Heute ist es in vielen wichtigen Fragen so, dass man von Bregenz bis Eisenstadt neun verschiedene Antworten bekommt. Nicht, weil wir zurecht auf unterschiedliche regionale Gegebenheiten eingehen, sondern oft vor allem deshalb, weil wir selbst nicht mehr wissen, was die Klammer ist, die uns verbindet. Deshalb braucht es eine ernsthafte Diskussion und eine inhaltliche und organisatorische Erneuerung. Ich habe das unter den Titel „Neugründung“ gegeben. Aber entscheidend ist nicht das Wort. Ob unsere Erneuerungsbewegung nun Labor, Sonderparteitag oder Neugründung heißt. Wichtig ist, dass am Ende eine gemeinsame Zukunft für uns steht. Eine Bewegung, in der sich alle so überzeugt versammeln können, dass wir nach innen und außen wieder überzeugen können.

Österreich kann als Vorreiterin einer gerechten und nachhaltigen Politik ein Musterbeispiel für Europa und die ganze Welt werden: Durch staatliche Investitionen, gute Arbeitsplätze, ein ökologisches Wirtschaftssystem und regionale Wertschöpfung. Und unsere Bewegung kann den Weg dorthin bereiten, Hand in Hand mit der Zivilgesellschaft und den ganz normalen Leuten in unserem Land. Klingt das utopisch? Vielleicht. Aber genau darum geht es bei politischen Visionen. Als Victor Adler begann, die Arbeiter in den Wiener Ziegelwerken zu organisieren, wurde das von den Eliten als hirnrissig dargestellt. Dasselbe erlebten Bruno Kreisky mit seiner Vision eines modernen, gerechten Österreichs und Johanna Dohnal in ihrem Kampf gegen Diskriminierung. Vieles, was heute noch als radikale Forderung empfunden wird, kann morgen schon eine logische, selbstverständliche Perspektive sein.

Was fordert das 21. Jahrhundert also von unserer politischen Arbeit, Tag für Tag: Mut. Mut zur Vision und zur Diskussion. Und dass wir uns selbst wieder ernst genug nehmen, um ambitionierte Antworten auf die Fragen unserer Gegenwart zu finden. Ich weiß, dass die Sozialdemokratie das kann!



MAX LERCHER

ist Regionalvorsitzender der SPÖ Obersteiermark-West und Abgeordneter zum Nationalrat.



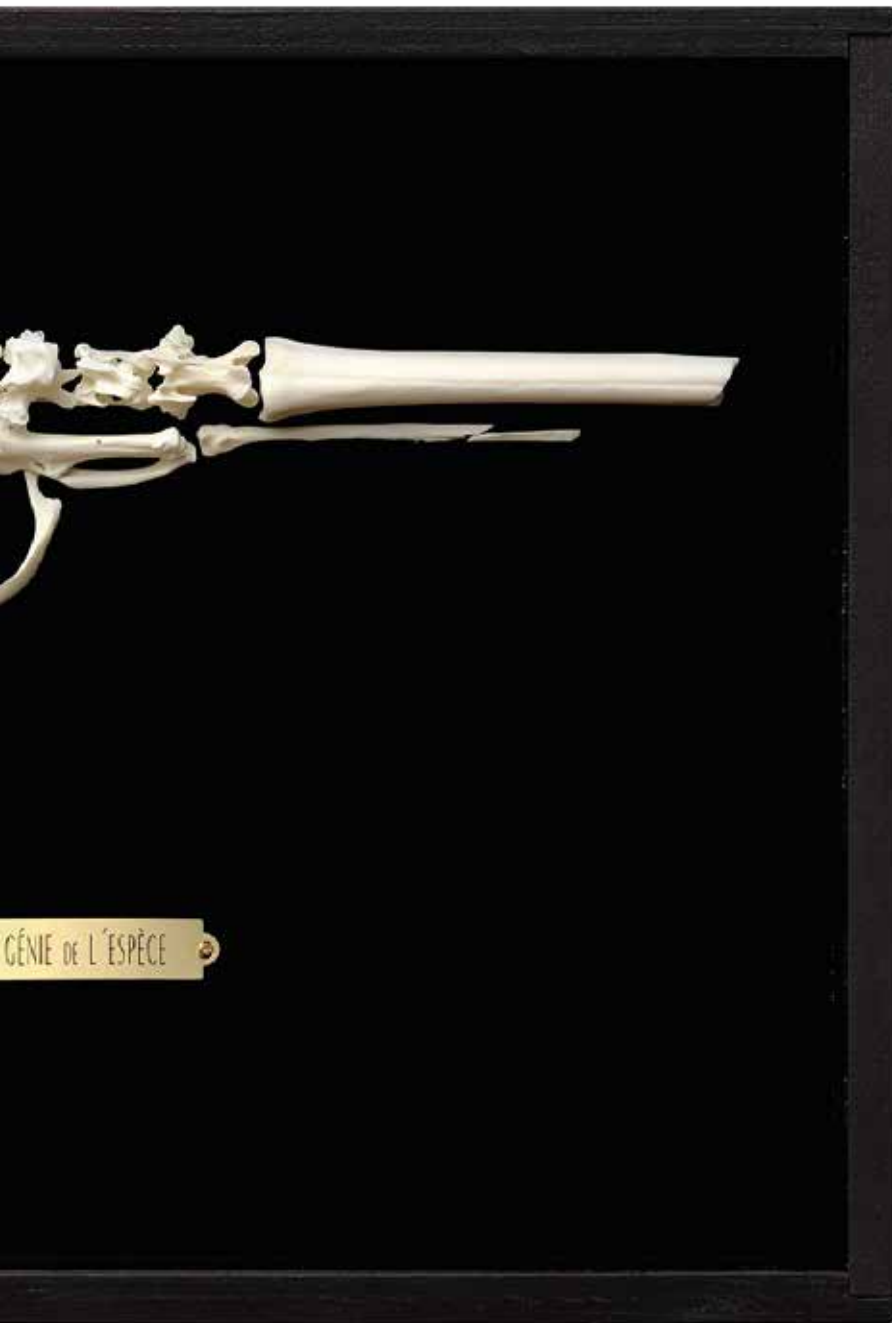
Wolfgang Paalen (1905-59)

Le genie de l'espèce, 1938/2017 Assemblage aus Tierknochen, Samt, Messing in Holzkasten 31 × 41,8 × 8 cm Edition der Wolfgang Paalen Gesellschaft, Exemplar 2/8 Privatsammlung, Berlin

Foto: Jens Ziehe, Berlin © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Die Systemfrage stellen

Nach der Wahlniederlage braucht es dringend Veränderung, fordert **Julia Herr**. Um das in der rot-schwarzen Koalition verloren gegangene Vertrauen vieler arbeitenden Menschen wieder zu gewinnen, muss die Sozialdemokratie das gemeinsame Interesse urbaner Mittelschichten und „klassischer“ ArbeiterInnen spürbar machen, statt diese Gruppen gegeneinander auszuspielen. Am Beispiel des „Green New Deal“ argumentiert sie, warum die Rettung unseres Planeten und ein Umbau unseres menschenfeindlichen Wirtschaftssystems nur gemeinsam durch einen radikalen Systemumbau erreicht werden können.

Mit 21,7 % hat die SPÖ am 29. September einen historischen Tiefstand erreicht. Dieses Ergebnis sollte Grund genug sein, nichts mehr schönzureden und nichts zu verharmlosen. Wir müssen damit beginnen, das Ergebnis politisch zu analysieren und tiefgreifende politische, strategische und organisatorische Änderungen anzugehen. Die Lage ist zu ernst, um sich in Schuldzuweisungen an Einzelpersonen zu üben, sie ist aber auch zu ernst, um echte Reformbestrebungen mit ein paar rhetorischen Floskeln und einer Handvoll Alibi-Veranstaltungen abzutun.

Um die Sozialdemokratie wieder flott zu kriegen, müssen wir zu allererst aufhören uns selbst etwas vorzumachen: Das Wahlergebnis vom 29.9. ist kein trauriger Ausreißer, es ist nicht das Ergebnis einer aktuellen Sonderkonstellation und es liegt – auch wenn man da manches kritisch diskutieren könnte – nicht an einzelnen Medienauftritten oder der Wahlkampagne 2019. Der rasche und unerwartete Abgang des Christian Kern, die Unerfahrenheit der neuen Parteivorsitzenden und der oft zweifelhafte innerparteiliche Umgang mit ihr – nichts davon war hilfreich. Aber all das sind nicht die Ursachen, sondern Symptome der Probleme, die wir seit Jahren und Jahrzehnten ignorieren, statt sie zu lösen.

KEIN NEUER ZUSTAND

Dass die Sozialdemokratie keine durchgehend stringente

Erzählung hat, und es nicht schafft, mit einer Stimme zu sprechen ist nicht neu. Daran haben verschiedene Vorsitzwechsel nichts geändert. Die 22%, bei denen wir jetzt stehen, waren bereits vor knapp dreieinhalb Jahren der Stand der Umfragen. Bei der Bundespräsidentenwahl im April 2016 erreichte der SPÖ-Kandidat sogar nur 11%. Eines ist damit klar: Tiefgreifende Probleme können nicht durch einen Gesichtertausch an der Spitze gelöst werden.

LANGJÄHRIGER VERTRAUENSVERLUST

Diese Strukturprobleme sind 2019 ebenso wenig neu, wie sie es 2016 waren. Nehmen wir als Beispiel die Implosion der SPÖ-Stimmanteile unter ArbeiterInnen: 2006 wählten 51% der ArbeiterInnen die damals oppositionelle SPÖ. Nach dem Eintritt in die Große Koalition waren es 2008 nur noch 37%. Nach weiteren fünf Jahren großer Koalition wählten 2013 nur noch 24% der ArbeiterInnen sozialdemokratisch – genauso viele wie 2019. Knapp ein Jahrzehnt hatte man diesen Vertrauensverlust einfach ignoriert. Heute wird er gerne mit Flüchtlingsbewegungen und der „Integrationsfrage“ wegerklärt, weil das manchen opportunistisch erscheint. Doch der Vertrauensverlust war lange vor dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 eingetreten. Einen plausiblen Erklärungsansatz findet man weniger in der Bevölkerungsstatistik – zwischen 2006 und 2013 stieg die Zahl der nicht in Österreich geborenen EinwohnerInnen aus EU-Drittstaaten um gerade einmal 8.000 pro Jahr – als im Einkommensbericht des

Rechnungshofs: Zwischen 1998 und 2013 sanken die Brutto-realeinkommen von ArbeiterInnen um 13%, während die Realeinkommen der Angestellten stagnierten. In der Finanzkrise hatte der Staat Milliarden Euro in die Hand genommen, um die Banken zu retten. Nach Jahren realer Lohnverluste zahlten in der Wirtschaftskrise v.a. die ArbeiterInnen und Angestellten noch einmal mit Jobverlusten und wachsender Unsicherheit die Zeche.

Der Vertrauensverlust, den die Sozialdemokratie erlitten hat ist weder irrational, noch rassistisch motiviert. Er ist das Ergebnis einer Politik, die womöglich (unbekanntes) Schlimmeres verhindert hat, aber gleichzeitig wachsenden Druck und schwindende Kontrolle über das eigene Leben zugelassen hat. Wer sich angesichts der im Vorfeld der Nationalratswahl beschlossenen abschlagsfreien Hackler-Pensionsregelung gefragt hat, wer diese ursprünglich abgeschafft hatte, fand sich schnell in der Zeit der Großen Koalition wieder. Es gibt viele Beispiele wie diese. Aber schwerwiegender als jedes sachpolitische Einzelthema wiegt in meiner Wahrnehmung ein tiefempfundener Vertrauensbruch. Das Gefühl, dass die SPÖ kein Teil eines gemeinsamen „Wir“ mehr ist. Dass man sich auf die SPÖ nicht verlassen kann. Dass führende SPÖ-PolitikerInnen zuallererst an sich und ihre Posten denken, und bestenfalls erst dann an die arbeitenden Menschen

VERLORENE GLAUBWÜRDIGKEIT

Ich bin 2019 aus dem Wahlkämpfen nicht rausgekommen. Ob bei den EU-Wahlen, den Nationalratswahlen oder jetzt zur Unterstützung in der Steiermark: Ich habe in diesem Jahr sicherlich mehrere tausend Gespräche geführt. Es gab natürlich viele positive Gespräche. Aber noch lehrreicher waren wahrscheinlich die vielen kritischen, enttäuschten, manchmal anfänglich feindseligen Diskussionen, die ich auf der Straße, bei Hausbesuchen, am Würstelstand und im Wirtschaftshaus geführt habe. Dort habe ich v.a. eine Botschaft mitgenommen: Viele WählerInnen spüren nicht wofür wir stehen. Unsere Themen und Forderungen finden durchaus Zustimmung, aber der emotionale Funke springt nicht über. Viele verweisen auf die über zehn Jahre dauernde rot-schwarze Koalition und fragen „Warum habt ihr es nicht gemacht, als ihr am Ruder wart?“. Uns fehlen die klaren Botschaften wofür wir stehen, wofür wir brennen, wofür wir tagtäglich kämpfen. Gleichzeitig sehen wir seit Jahren einigermmaßen ungerührt zu, wie ein starkes Netzwerk an Basisstrukturen verloren geht, das viele Menschen in soziale Beziehungsgeflechte eingebunden

und damit für unsere Ideen erreichbar gemacht hat. Ob Ortspartei, Kinderfreunde-Gruppe, Naturfreunde oder Pensionistenverband: Die Einbindung in (Klein-)Gruppen ist ein zentrales Mittel, um Identität und Sicherheit zu vermitteln, aber auch um Meinungsbildung von unten nach oben und von oben nach unten zu betreiben.

FÜR WEN MACHEN WIR WIE POLITIK?

Rat- und Tatenlosigkeit bringen selten gute Ideen. Und deshalb fechten wir in internen Diskussionen – sofern sie überhaupt stattfinden – seit einigen Jahren eine mehr oder weniger offen getragene Auseinandersetzung aus, die sich selten an Fakten und Realitäten orientiert, dafür aber umso mehr an Glaubenssätzen. Die SPÖ müsse sich, so lesen wir auch immer öfter in den Medien, entscheiden, ob sie wieder eine Arbeiterpartei sein wolle: Dann müsse sie mehr werden, wie die FPÖ: Ausländerfeindlich, pro Rauchen, Schluss mit dem Frauenzeugs, allenfalls auch ein wenig sozialpopulistischer; Oder ob sie die urbanen WählerInnen erreichen wolle: Dann müsse sie sozialliberaler werden, ihren gewerkschaftlichen Organisations- und Funktionärshabitus loswerden.

Beide Wege führen weiter bergab. Die Sozialdemokratie war und ist seit über hundert Jahren durch ein Bündnis von WählerInnen stark, deren unterschiedlichen Lebenswelten durch ein gemeinsames Interesse verbunden werden. Und die Sozialdemokratie war immer dann erfolgreich, wenn ihr politisches Programm und ihr Handeln das Bewusstsein für dieses gemeinsame Interesse hergestellt hat. Derzeit vermeiden wir oftmals gerne jede klare Positionierung und erzählen jeder von uns identifizierten Einzelgruppe das, was wir glauben, dass diese Gruppe gerne hören will. Genau das bestärkt aber nur den Eindruck, dass wir selbst nicht wissen, was wir eigentlich wollen, dass man nicht darauf vertrauen kann, was wir sagen. Wir brauchen Klarheit darüber, für wen wir stehen, wie wir Politik machen wollen und ja, auch wer unsere Gegner in dieser Auseinandersetzung sind. Die konkrete Forderung, das einzelne Thema kann, soll und muss variieren. Die zugrundeliegende Erzählung muss dieselbe sein.

KLIMAPOLITIK: KEIN KURZZEIT-HYPE

Im Wahlkampf hat die SPÖ auch auf das Thema Klimapolitik gesetzt. Doch der Umgang mit diesem Thema war symptomatisch: Hin- und hergerissen zwischen urbanen WählerInnen und den PendlerInnen am Land, zwischen

Weltrettungsanspruch und dem Grundrecht auf Schweinschnitzel gelang es nicht so recht für Klarheit zu sorgen. Mit Ausnahme des 1-2-3-Klimatickets gelang es nicht wirklich, ein klares Bild zu erzeugen, was wir eigentlich wollen.

In der Nachwahlanalyse führte das auch manche zum Schluss, das Thema sei nur für die Grünen hilfreich, oder die Grünen hätten die „Klimakatastrophe“ nur diskursiv erzeugt. Ersteres ist nur bedingt richtig: Es stimmt, dass wir nicht gewinnen können, wenn wir den politischen Gegner nur imitieren, noch weniger, wenn wir ihn unglaubwürdig imitieren. Solange man das Thema am Terrain des politischen Gegners bespielt, egal ob es jetzt ums Klima geht oder um Migrations- und Asylpolitik, zahlen wir auf deren Konto ein. Was uns gelingen muss, ist das Thema auf unser Spielfeld zu holen. Am Beispiel Migration und Asyl also z.B. die wesentlichen Ursachen für Flucht und Migration zu benennen – Krieg, ausbeuterische Handelspolitik, Klimawandel – und unsere Antworten – Friedenspolitik, solidarische Handelsabkommen, Hilfe vor Ort – greifbar gegenüberzustellen.

Es wäre aber eine gravierende Fehleinschätzung zu meinen, dass das Klimathema schon wieder an uns vorüberziehen werde. Es sind ja nicht nur die regelmäßigen Klimademos, die v.a. Jugendliche seit Monaten regelmäßig auf die Straße bringen. Es sind noch mehr die tagtäglich spürbaren Auswirkungen im Alltag, die dem Thema längerfristig Aktualität geben: Unwetterkatastrophen, Hitzesommer, Ernteauffälle usw. werden den Klimawandel zwangsläufig auf der Agenda halten, und das zurecht.

EINE SYSTEMFRAGE

Die Frage, ob unser Planet für die nächsten Generationen noch bewohnbar ist, ist nämlich keine abstrakte, akademische Frage. Sie stellt sich ganz konkret – und zwar jetzt.

Als Sozialdemokratie sehen wir v.a. die sich aus den notwendigen Veränderungen ergebenden Konflikte zwischen den verschiedenen Polen unseres WählerInnenspektrums. Unsere Positionierung folgt dabei unserer grundsätzlichen Positionierung, jedem etwas anderes zu erzählen: Günstigere Öffis für die Ökobewegten, Nein zur CO₂-Steuer für die PendlerInnen. Wirklich überzeugend kann das nicht sein.

Die Sozialdemokratie muss sich aber nicht zwischen einer dieser Gruppen entscheiden. Sie muss das Thema Kli-

maschutz viel offensiver in eine Gesamterzählung einbinden: Die notwendige Reduktion des CO₂-Ausstoßes ist mit ein paar, für sich oftmals sinnvollen, Einzelmaßnahmen nicht zu erreichen. Die Erderwärmung ist nicht mit ein paar tausend zusätzlichen Sonnenpanelen auf Ein-Familien-Häusern zu stoppen. Die Wahrheit ist, dass der Kampf gegen die Klimakatastrophe längst eine Systemfrage geworden ist. Seit Jahrzehnten wird die Weltwirtschaft von einem Raubtierkapitalismus dominiert, der Mensch und Natur rücksichtslos ausbeutet, um Profite zu maximieren. So wie dieses Wirtschaftssystem gleichermaßen die Umwelt und menschliche Bedürfnisse zerstört, muss auch die Antwort darauf Hand in Hand gehen.

DEN GORDISCHEN KNOTEN ZERSCHLAGEN

Es geht nicht darum, das Klima zu retten. Es geht darum, eine menschenwürdige Zukunft auf einem bewohnbaren Planeten zu schaffen. Klimaschutz war und ist eine zutiefst soziale Frage. Denn es sind v.a. jene Menschen, die kein Zweithaus am See und in den Bergen haben, die unter der Sommerhitze am meisten leiden. Es sind die Menschen, die ein Leben lang für ihr Eigenheim gearbeitet haben, die am schwersten von Unwetterkatastrophen getroffen werden.

Hier liegt das gemeinsame Interesse der 99% und hier liegt auch der Grund für unsere Gegnerschaft zum reichsten Prozent, die kein Interesse an grundlegender Veränderung haben: Wir müssen jetzt investieren, damit der Umbau unseres Wirtschaftssystems zügig vorangeht, damit neue grüne Industrien mit gut bezahlten, sicheren Arbeitsplätzen entstehen, damit ein flächendeckendes, gut ausgebautes, preisgünstiges Öffi-Angebot gibt, damit alle Menschen ein gutes, sicheres Leben führen können. Und um das zu erreichen, müssen wir bestehende Eigentums- und Machtstrukturen hinterfragen und aufbrechen, müssen mit der Macht der Vielen eine Antwort auf die Macht des Geldes geben. Ja, die De-Karbonisierung unserer Wirtschaft wirft schwierige Fragen auf. Aber nur mit offensiven Antworten werden wir diese Konflikte überbrücken können.

GREEN NEW DEAL IN DEN USA

In den Vereinigten Staaten zeigen Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders gerade vor, wie ein offensiver „Green New Deal“ großstädtische Mittelschichten und von der Globalisierung sozial getroffene ArbeiterInnen politisch

zusammenführen kann: Investitionen von über 16 Billionen Dollar sollen bis 2030 die gesamte Stromerzeugung und bis 2050 die Gesamtwirtschaft der Vereinigten Staaten de-karbonisieren. Mit diesem riesigen Investitionsprogramm ist die Erfüllung zentraler sozialpolitischer Forderungen verbunden: 20 Millionen neuer Arbeitsplätze in grünen Industrien, die Stärkung von Gewerkschaftsrechten, die (Wieder-)Entstehung öffentlicher Verkehrsnetze, der Bau von 7,4 Millionen klimagerechten Wohneinheiten, Investitionen in Wiederaufforstung, in städtische Parks und soziale Dienstleistungen, der Aufbau eines kooperativen landwirtschaftlichen Sektors zur Stärkung kleinteiligerer Landwirtschaft und regionaler Versorgungskreisläufe etc. Zur Kasse bitten will Sanders dafür die „Gier der Fossilindustrie“, höhere Konzernsteuern. Die Beseitigung der Ölabhängigkeit soll gleichzeitig einen Rückbau der militärischen Kapazitäten und eine friedlichere Weltordnung ermöglichen. *Welche* Politik hier vorgeschlagen wird, ist dabei untrennbar mit der Frage verbunden, *wie* Politik gemacht wird: als Politik ständiger Mobilisierung der arbeitenden Menschen, die selbst aktiv werden, die sich einmischen und deren Einmischung konkrete Erfolge und Veränderung mit sich bringt.

GREEN NEW DEAL IN ÖSTERREICH


Auch wenn sich manche Fragen in Österreich anders stellen, sehr viele Fragen stellen sich sehr ähnlich. Das Gefühl sozialer Unsicherheit und fehlender Kontrolle über das eigene Leben; steigender Druck am Arbeitsplatz und wachsende Ungleichheit; ein Wirtschaftssystem, das immer weniger Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse nimmt; all das macht vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe einen Green New Deal in Österreich dringend erforderlich.

Das Potenzial, das im Umbau unserer Wirtschaft steckt, wurde vor wenigen Tagen nicht zuletzt dadurch sichtbar, dass die voest die Umstellung dreier Hochöfen auf Elektrobetrieb überlegt. Für eine strukturierte Transformation braucht es staatliche Investitionen im großen Maßstab, braucht es ein koordiniertes Vorgehen der Unternehmen und der öffentlichen Hand, braucht es Beteiligung und demokratische Kontrolle durch Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen.

Ein Green New Deal ist daher wesentlich mehr als ein Klimaschutzprogramm. Er ist die Ansage, unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft grundlegend umzubauen. Er schafft Klarheit darüber, für wen und wie wir Politik machen möchten. Und es ist – bei allen heiklen Fragen, die davon berührt wer-

den – damit ein Instrument, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Eine Vision, für die wir brennen, mit konkreter Politik im Alltag zu verbinden.

All das setzt voraus, dass wir als Sozialdemokratie auch unsere Partei grundlegend umbauen, zu einer demokratischen Mitmach-Partei. Zu einer Bewegung, die nicht nur im Wahlkampf und nicht aus Tradition im Alltagsleben präsent ist, sondern für die die Stärkung lokaler Gemeinschaften ein Wert an sich ist, der zu unserer Vision einer besseren Gesellschaft beiträgt. Und dass wir unsere Partei wieder zu einem Kampfinstrument machen, in dem die Mitglieder etwas zu sagen haben, und nicht Funktionärs-Cliquen um die weniger werdenden Posten streiten.

Fangen wir mit diesem Umbau an – in unserer Partei und in unserer Gesellschaft. 

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend und Abgeordnete zum Nationalrat, wo sie als Bereichssprecherin für Klimaschutz fungieren wird.

Wolfgang Paalen (1905-59)
"L'heure exacte II (Relojes videntes)", 1940
© Succession Paalen, The Wolfgang Paalen Society e.V.



WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Wie geht ein Neuanfang der SPÖ?

Neben den öffentlichen Wortmeldungen führender ParteifunktionärInnen beschäftigt das Wahlergebnis und was daraus folgen müsste auch viele Mitglieder an der Basis unserer Partei. **Irini Tzaferis** argumentiert in ihrem Diskussionsbeitrag, warum der notwendige Neubeginn eine Demokratisierung der Partei und eine Stärkung unserer Basisstrukturen braucht.

Der Umgang mit Wahlniederlagen ähnelt in der SPÖ oftmals dem Drehbuch von „Und täglich grüßt das Murmeltier“: Dutzendfach erleben wir das immer gleiche und tun doch so, als wäre es neu. Und so kamen die (nicht) bewährten Muster auch nach dem 29.9. wieder zum Einsatz: Statt als erstes zu analysieren, warum die Sozialdemokratie ihr schlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte eingefahren hat, wurde überfallsartig der vakant gewordene Posten des Bundesgeschäftsführers mit dem Wahlkampfleiter besetzt. Statt zu überlegen, warum uns nur noch knapp eine von rund sechs Millionen WählerInnen ihre Stimme gibt, beschäftigt man sich im Hinterzimmer lieber damit, schnell die immer weniger werdenden Posten aufzuteilen. Statt auf ernsthafte Fehlersuche zu gehen, wurde geschlossene Geschlossenheit eingemahnt, während gleichzeitig aus dem innersten Führungszirkel ständig Informationen in die Boulevardblätter sickerten, mit denen potenzielle KonkurrentInnen mundtot gemacht werden sollten. Vorläufiger Output der öffentlich angekündigten „rücksichtslos ehrlichen“ Diskussion sind eine Handvoll Arbeitsgruppen über deren weitere Tätigkeit erstmal niemand etwas erfährt.

AKTIVIERUNG GEHT ANDERS

So absurd das klingt, können auch große Niederlagen gute Anlässe dafür sein, Menschen zu aktivieren. Die Sozialdemokratie liegt, allen Brüchen, allem Ärger, allen Verwünschungen zum Trotz sehr viel mehr Menschen am Herzen, als die Partei Mitglieder zählt. Ihr Absturz bei den Wahlen löst bei vielen das Bedürfnis aus, etwas zu tun, um sie wieder stärker zu sehen. Das gilt für viele unserer Mitglieder, das gilt aber noch mehr für viele, die uns in den letzten Jahren den Rücken

gekehrt oder aus den verschiedensten Gründen nie den Weg in unsere Reihen gefunden haben. Wenn am Beratergespruch, dass in jeder Krise eine Chance steckt, etwas dran ist, dann das: Ein klares Signal der ehrlichen Bereitschaft zu echter Veränderung hätte tausende Menschen für uns gewinnen und aktivieren können.

Der tatsächliche Umgang mit dem Wahlergebnis spricht Bände darüber, wie unsere Partei derzeit mit ihrer Basis umgeht: „Reden wir darüber, irgendwann und irgendwo. Sucht eure eigenen Fehler in euren Strukturen. Und ob wir was ändern, werden wir uns noch überlegen.“

POLITISCHE FÜHRUNG STATT FRIEDHOFSRUHE

Dieser Zugang verwechselt politische Führung mit der Fähigkeit, Friedhofsruhe herzustellen. Politisch zu führen heißt ja gerade eben nicht, von oben zu dekretieren, dass jetzt alle ruhig zu sein haben. Es erfordert die Fähigkeit, Impulse zu geben, die motivierend, kräftigend, ja auch einigend wirken. Die Verantwortung dafür trägt im Übrigen nicht die Vorsitzende allein, sondern auch und besonders all jene, die in der zweiten Reihe Einfluss nehmen, aber auch jene, die ihre Verantwortung in den Führungsgremien gar nicht wahrnehmen. Die Basis demokratisch einzubeziehen erfordert im Gegensatz zur manchmal geäußerten Befürchtung keinen Verzicht auf politische Führung, ganz im Gegenteil. Aber diese Führung muss demokratisch legitimiert und auf den Wiederaufbau unserer Partei gerichtet sein, nicht auf die Erhaltung des Status quo im Interesse einer kleinen FunktionärInnengruppe an der Spitze.

ABSCHIED VOM „TRAUM“ DER JUNIORPARTNERSCHAFT

Zu den immer gleichen Fehlschlüssen der SPÖ-Spitze aus Wahlniederlagen zählt auch die Hoffnung, trotz der erlittenen Stimmverluste doch noch ein paar Regierungsbüros ergattern zu können, für die man bei Bedarf auch wesentliche Forderungen aus dem Wahlkampf opfern könnte. Auch wenn dieses Konzept noch so oft gescheitert ist, lebt doch irgendwie die Hoffnung weiter, irgendwann könne es wieder so werden, wie es früher immer war.

Das Wahlergebnis vom 29. September sollte aber eigentlich alle Zweifel beseitigt haben: Eine Zusammenarbeit mit Sebastian Kurz scheitert nicht an der „persönlichen Chemie“ zwischen Kurz und Rendi-Wagner. Es scheitert daran, dass Kurz Politik für seine superreichen Gönner machen möchte und dafür kann er SPÖ und Gewerkschaften nicht brauchen, auch wenn sie noch so kompromissbereit sind. Er und seine Gönner wollen keine ernsthaften Kompromisse, das werden auch die Grünen in den Koalitionsverhandlungen erfahren. Am Beginn des Neuanfangs steht daher die Einsicht, dass es mit Kurz keine „konstruktive Zusammenarbeit“ gibt. Sondern nur Unterwerfung oder kämpferische Opposition.

IN DER OPPOSITION ANKOMMEN

„Opposition ist Mist“, ließ Franz Müntefering seine SPD einst wissen. Keine Frage, wer das Ziel politischer Veränderung verfolgt, muss eine Strategie entwickeln, um Mehrheiten zum Regieren zu finden. Aber wer immer und zu jedem Preis regieren will, bezahlt das mit der eigenen politischen Glaubwürdigkeit, mit enormen Stimmverlusten und wird schließlich erst recht auf die Oppositionsbank geschickt. Wie schwer der Rollenwechsel von der Regierung zur Opposition ist, hat die SPÖ seit 2017 zur Genüge vorgelebt. Um das Ruder herumzureißen ist es umso dringender erforderlich, endlich die Rolle anzunehmen, die uns die WählerInnen, so un erfreulich das ist, zugewiesen haben.

Ob der türkis-grüne Flirt Erfolg hat oder Sebastian Kurz doch noch seiner politischen Neigung zu einem türkis-blauen Bündnis nachgibt ist dabei noch gar nicht so entscheidend. Eine türkis-grüne Koalition erschwert es für die ÖVP, mit rassistischem Spaltungsaktionismus von echten sozialen Problemen abzulenken. Eine echte Kursänderung wird diese Regierungsform aber auch nicht bringen.

Egal wie die Regierung aussieht, die SPÖ muss in der Opposition wieder fühl- und erlebbar machen, für welche Alternative wir stehen und dass wir alle, egal auf welcher Ebene, egal in welchem Bundesland gemeinsam daran arbeiten, dieses Ziel zu erreichen.

Die SPÖ wird nur dann wieder zu alter Stärke finden, wenn sie aufhört, in Koalitionen und Kompromissen zu denken, bevor sie ihre Ziele definiert. Die Sozialdemokratie kann nur erfolgreich sein, wenn sie kompromisslos an der Seite der arbeitenden Menschen steht und dafür glaubwürdig einsteht. Sie wird nur dann überzeugen können, wenn sie wieder mutige Perspektiven für ein besseres Leben jenseits der Profitlogik des Marktes formuliert.

POLITIK AN DER BASIS

Wenn wir verloren gegangenes Vertrauen wieder aufbauen wollen, dann müssen wir auch und vor allem unsere Arbeit an der Basis wieder stärken, unseren Strukturen Stolz, Selbstvertrauen und eine Mission geben, müssen vor Ort als AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen. Wenn ich in meinem Sektionsgebiete Hausbesuche mache, dann erwartet niemand von mir, dass ich alle Probleme an der Haustür löse. Viele Menschen zeigen ein bewundernswert großes Ausmaß an Geduld und Verständnis dafür, dass nicht alles sofort umsetzbar ist. Was sie aber nicht verzeihen, ist Abgehobenheit, Unehrlichkeit und die Enttäuschung von in uns gesetztes Vertrauen. Sie nehmen es uns übel, wenn wir Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt fordern, aber gleichzeitig im öffentlichen Dienst Reinigungsjobs ausgliedern. Sie glauben uns nicht, dass das mit den Vermögenssteuern gut und machbar ist, wenn wir es seit zehn Jahren fordern, aber trotz jahrelanger Regierungsbeteiligung nie umgesetzt haben. Sie werden empfänglich für die gegen uns gerichtete Propaganda des politischen Gegners, wenn sie das Gefühl haben, wir hätten sie im Stich gelassen.

SAUBERKEIT IN DER POLITIK

Die regelmäßig vom Boulevard angefachte Empörung über Porsches, Uhren und Schulauswahl führender MandatsträgerInnen ist da nur ein Symptom. Das Problem an Luxusuhren und Sportwagen sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre ist nicht, dass sie ihnen jemand neidig ist. Das Problem ist der Kontrast zur gefühlten Teilnahmslosigkeit an den alltäglichen Existenzsorgen von Menschen, die jahrzehntelang als sozialdemokratische Kernschichten galten. Niemand hat mit

Bruno Kreisky gehadert, weil er Maßschuhe und gute Anzüge trug. Weil kaum jemand daran gezweifelt hätte, für wen er tagtäglich Politik machte. Dass das heute anders ist, ist Ausdruck eines über Jahre und Jahrzehnten gewachsenen Misstrauens. Statt diese Kritik daran beleidigt und herablassend abzutun, wäre es überfällig, dieses Misstrauen als solches zu erkennen und zu überlegen, wie es beseitigt werden kann. Wenn es ein starkes Vorurteil gibt, sozialdemokratischen PolitikerInnen ginge es stärker um die eigenen, kleinen Privilegien als um die Sache, dann herrscht dringender Änderungsbedarf, egal wie legitim jetzt die Kritik an einer bestimmten Autowahl ist. Dass das offenbar niemand in den Führungsgremien als Problem begreift, ist wahrscheinlich das wesentlich größere Alarmsignal als die Neigung zur goldenen Uhr selbst.

Klare Verhältnisse in den eigenen Reihen helfen aber auch, den Kontrast zu anderen Parteien zu schärfen. Es war gut, dass die SPÖ in diesem Wahlkampf dafür gesorgt hat, dass große Spender sich nicht mehr politische Parteien kaufen können. Aber diese Abgrenzung zu Gier und käuflicher Politik wäre umso stärker, je klarer und eindeutiger wir mit Themen wie Doppelbezügen und Transparenz umgehen

MITMACH-PARTEI STATT BOULEVARD-FÖRDERSTELLE

Lange Jahre haben wir uns als Partei nicht unsere Strukturen und die Arbeit der vielen Vorfeldorganisationen gesichert, weil wir uns in der Kommunikation auf die Macht des Boulevards verlassen haben. Der Aufbau eigener Medien und Kommunikationskanäle wurde jahrelang rechts liegen gelassen. Abgeschnitten von den öffentlichen Inseratenbudgets spüren wir spätestens seit 2017, dass das keine nachhaltig gute Idee war. Dabei zeigt sich ja selbst im bescheidenen Rahmen, welches Potenzial zur politischen Veränderung in offensiver Kommunikation steckt: Es war nicht zuletzt eine öffentliche Debatte, die vom sozialdemokratischen Online-Medium kontrast.at angestoßen wurde, die auch die (vorläufige) Absage der von Türkis-Blau geplanten Abschaffung der Notstandshilfe gebracht hat.


Wir müssen aber nicht nur eigene Medien stärken, wir müssen unsere Basisstrukturen stärken und neu aufbauen. Wenn wir direkt mit den WählerInnen kommunizieren möchten, dann brauchen wir die Kraft der Vielen, die die Macht des großen Geldes ersetzt. Unsere Mitglieder können wir mit klaren Ideen und offensiver Politik begeistern. Un-

sere Mitglieder können wir aber v.a. dann motivieren, wenn wir ihnen eine Stimme geben – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Die Direktwahl des Parteivorsitzes und Abstimmungen über wichtige strategische Weichenstellungen lösen sicherlich nicht alle Probleme, mit denen wir als Partei zu kämpfen haben. Aber sie ist ein wichtiges Signal der Öffnung und Erneuerung und ein Bekenntnis zur SPÖ als demokratische Mitglieder- und Mitmachpartei.

Diese Reformen sind Teil einer überfälligen Änderung unseres Selbstverständnisses: Nicht nur für jemanden sprechen zu wollen, sondern als demokratische Mitmach-Bewegung der Ort zu sein, an dem Menschen sich gemeinsam für ihre Interessen zusammenschließen und kämpfen. Die Sozialdemokratie muss Mitglieder und SympathisantInnen für ihre Politik begeistern, sie muss zeigen, warum es sich lohnt, mitzutun. Statt bürokratischer Realitätsverweigerung braucht es Offenheit und demokratische Entscheidungen. Statt darüber zu jammern, dass die gegenwärtige Klimabewegung „ja nur den Grünen hilft“, gilt es zu überlegen, wie wir glaubwürdig die Forderung nach einem grundlegenden Umbau unseres Wirtschaftssystems mit der ökologischen Frage verbinden. Wie wir für zehntausende Menschen, die sich in dieser Bewegung engagieren, interessant sein können.

DEMOKRATISCHER PROZESS

Diesen Prozess echter Veränderung demokratisch zu gestalten, ist tatsächlich eine Riesenchance für die Sozialdemokratie. Es ist eine vertane Chance, den Reformprozess abzuwürgen und wird diese Reformverweigerung für die Kräfte der Bremser nach hinten losgehen.

Wenn das Präsidium seine politische Führungsverantwortung nicht wahrnimmt, liegt es an der Basis, sich zu vernetzen und die dringend notwendigen Änderungen von unten zu beginnen, bis die notwendige Veränderung auch die Führungsgremien der Partei erfasst. 

IRINI TZAFERIS

ist Germanistin, Lehrerin und fsg-Personalvertreterin an einer Wiener Schule. Gemeinsam mit anderen Sektions- und BasisfunktionärInnen hat sie bereits 2018 die Initiative www.machenwirwas.at ins Leben gerufen, um sich über die Arbeit an der Basis auszutauschen und zur Demokratisierung der SPÖ auszutauschen.



Wolfgang Paalen (1905-59)

Fumage, 1938 Kerzenrauch auf Papier 40,4 × 56,5 cm Privatsammlung, Berlin

Foto: Jens Ziehe, Berlin © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer



Wolfgang Paalen (1905-59)

Espace libre, 1941 Öl auf Leinwand 114 × 145 cm
Gordon Onslow Ford Collection, Lucid Art Foundation
Foto: Belvedere, Wien, Johannes Stoll
© Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE



Time for real Change!

Bei den anstehenden Unterhauswahlen versucht Boris Johnson einmal mehr, mit dem Brexit-Thema die tiefen sozialen Brüche der britischen Gesellschaft zu überdecken. Beim Start der Labour-Kampagne hat **Jeremy Corbyn** zu erkennen gegeben, wie er diesen Versuchen entgegentreten will: Mit einem radikalen Programm sozialer Veränderung und der zugespitzten Gegenüberstellung zwischen den Interessen der Vielen und den Interessen der Superreichen nimmt Labour die Aufholjagd in den Umfragen auf.

Wir starten heute die ambitionierteste und radikalste Kampagne in der Geschichte unseres Landes, um echte Veränderung zu erreichen. Wenn Du in einer Gesellschaft leben willst, die für alle arbeitet und nicht nur für die Milliardäre; Wenn Du unsere Spitäler, Schulen und öffentlichen Dienste vor den Kürzungen der Tories retten willst; Wenn Du die großen Verschmutzer stoppen willst, unsere Umwelt weiter zu zerstören: Dann ist diese Wahl Deine Chance, dafür zu stimmen.

Die Wahl könnte nicht klarer sein: Wir setzen unser Vertrauen in den Sinn und die Selbstverpflichtung des britischen Volkes für die Gemeinschaft. Das ist unser Land. Wir stehen fest an Deiner Seite. Labour wird Macht und Wohlstand in die Hände der Vielen legen, Boris Johnsons Konservative, die glauben, sie wären geboren, um zu herrschen, werden sich um die privilegierten Wenigen kümmern Sie haben die Steuern für die Reichsten gekürzt und dafür die staatlichen Leistungen und Unterstützungen für alle anderen gestrichen. Aber jetzt kommt echte Veränderung.

Diese Wahl ist eine einmalige Chance, eine Chance die nur einmal in jeder Generation kommt, unser Land von Grund auf zu verändern, die Privilegien einiger weniger zu beseitigen, die so viele von uns in ihren Möglichkeiten beschränken, und sicherzustellen, dass niemand in diesem Land zurückgelassen wird.

Manche Menschen meinen, echte Veränderung sei nicht möglich. Sie sagen, wir verlangen zuviel. Ist das wirklich so?

Ein Gesundheitssystem, auf das wir stolz sein können, in dem zehntausende PatientInnen nicht mehr monatelang auf ihre Behandlung warten und in dem es keine Rezeptgebühren gibt. Ist das zuviel verlangt?

Ein Pflegesystem, das unsere älteren Mitmenschen nicht isoliert und in Angst leben lässt, das ihnen Würde gibt und kostenlose Pflege. Ist das zuviel verlangt?

Wie sieht es mit anständigen Lohnerhöhungen aus? Ein Mindestlohn von 10 Pfund pro Stunde, auch für junge ArbeiterInnen ab 16. Zuviel verlangt?

Sichere Wohnverhältnisse, mit leistbaren Mieten und ein Ende der Massen-Obdachlosigkeit. Ist das zuviel verlangt?

Dreißig Stunden kostenloser Kinderbetreuung pro Woche für alle 2-4-jährigen. Eine gute Bildung, von der Wiege bis zur Bahre, als Rechtsanspruch statt als Privileg, und keine Studiengebühren? Ist das zuviel?

Die konservative Abkassiererei beenden, indem wir Bahn, Post und Wasserversorgung wieder in öffentliches Eigentum überführen, damit sie allen dienen und nicht nur den Großspendern der Tories und den Shareholdern in ihren Steuerpausen? Ist das zuviel verlangt?

Wie steht es mit echtem Handeln gegen die Klimakrise durch die Schaffung hunderttausender neuer, Jobs in der grünen Energieerzeugung, in den Regionen, die sie am dringendsten brauchen?

Nein, das ist nicht zuviel verlangt. Wir müssen unseren Weg radikal ändern, wenn wir nicht auf einem sterbenden und nicht bewohnbaren Planeten leben wollen. Diese Wahl ist unsere letzte Chance, die Klimakrise mit einer grünen Industriellen Revolution als Kern eines Umbaus Großbritanniens zu bewältigen.

Freunde, heute ist der 31. Oktober, der Tag, an dem wir nach Boris Johnsons Versprechen die EU verlassen hätten sollen. Er sagte, er würde lieber im Schützengraben sterben, als den Austritt zu verschieben. Er ist gescheitert. Und für dieses Scheitern ist niemand verantwortlich als er selbst. Man kann Boris Johnson nicht vertrauen.

Nach drei langen Jahren der Spaltung und des Scheiterns der Tories in der Brexit-Frage müssen wir dieses Thema endlich bewältigen. Wir müssen es offenkundig den Politikern aus der Hand nehmen und das Volk die letzte Entscheidung treffen lassen.

Labour wird den Brexit innerhalb von sechs Monaten lösen. Wir werden das Volk entscheiden lassen, ob wir mit einem vernünftigen Deal austreten oder bei der EU bleiben. Das ist wirklich nicht kompliziert. Wir werden ausführen, was das Volk entscheidet und dann damit fortfahren, die wirkliche Veränderung umzusetzen, die Großbritannien nach Jahren der Sozialkürzungen und der Steuergeschenke für Superreiche braucht.

Labour ist fest entschlossen, ein geteiltes Land wieder zusammenzuführen, während uns Konservative und Liberaldemokraten weiter spalten wollen. Die Liberaldemokraten wollen mit parlamentarischen Ränkespielen eine demokratische Entscheidung einfach übergehen. Und Boris Johnson möchte mit seinem Handelsabkommen mit Donald Trump noch mehr Geld aus unserem nationalen Gesundheitssystem (NHS) von den PatientInnen abziehen und ein paar Aktionären zukommen lassen.

Denn trotz seiner Dementis ist er bereit, das NHS in einem einseitigen Trump-Deal an US-Konzerne zu verkaufen. Channel 4 hat in einer Reportage diese Woche aufgedeckt, dass der Ankauf von Medikamenten mehrmals Thema in den britisch-amerikanischen Handelsgesprächen war. erinnert ihr euch an Johnsons berühmtes Versprechen, der Brexit würde 350 Millionen wöchentlich für den NHS bringen? In Wahrheit würde

das toxische Brexit-Handelsabkommen mit Trump 500 Millionen pro Woche aus dem NHS auf die Konten der großen Pharmaunternehmen verschieben.

Das werden wir verhindern! Labour wird nicht zulassen, dass Donald Trump seine Finger in unser Gesundheitssystem steckt. Das ist nicht zu verkaufen, an niemanden!

Johnsons Ausverkauf-Deal würde zu jahrelangen weiteren Verhandlungen und Unsicherheiten führen. Labour wird den Brexit lösen, indem es innerhalb von sechs Monaten ein zweites Referendum abhält. Großbritannien muss den Brexit hinter sich lassen und die Schäden beseitigen, die ein Jahrzehnt der Budgetkürzungen und wirtschaftlichen Verfehlungen der Tories hervorgerufen haben.

Ich bin im ganzen Land unterwegs und höre aufmerksam zu, was die Menschen zu sagen haben. Was ich von ihnen gelernt habe ist, dass sie die Politik anders wahrnehmen als die Medien und die politische Klasse. Nach einem Jahrzehnt sinkender Reallöhne für viel zu viele Menschen, sehen sie ihre Heimatgemeinden, die sie lieben, durch jahrelange Vernachlässigung auseinanderbrechen. Sie sind umgeben von Symbolen eines Jahrzehnts wirtschaftlichen Vandalismus.

Sie sehen ihn in den vernagelten Auslagen der geschlossenen Geschäfte. In den geschlossenen Büchereien und Schwimmbädern. In den Jugendzentren, die ihre Tore geschlossen haben. In ihren Hauptstraßen, die wirken wie eine Geisterstadt. Sie spüren es, wenn sich ein älteres Paar fürchtet, auf die Straße zu gehen, weil sich die Gewaltkriminalität verdoppelt hat. Wenn ein Armeeveteran eingehüllt in eine Decke in einem Hauseingang schläft. Wenn ganz normale Menschen damit kämpfen, sich irgendwie durchzuschlagen. Wenn eine Mutter und ihre Kinder auf lebensmittelspenden angewiesen sind, weil die Sozialhilfe gedeckelt wurde.

Das alles sind die Folgen konservativer Politik. Genug davon, sage ich!

Labour wird die Austeritätspolitik der Tories beenden. Wir werden die Deckelung der Sozialhilfe abschaffen. Wir werden die Mauern niederreißen, die die Tories den Menschen auf ihrem Weg zum Erfolg in den Weg gestellt haben.

Wir werden in jede Nation und jede Region unseres Lan-

des investieren, wir werden unseren öffentlichen Diensten, Schulen und der Polizei die Mittel geben, die sie brauchen, indem wir die Superreichen besteuern, um Dienstleistungen für alle sicherzustellen.

Wir werden den Menschen den Stolz in ihre Gemeinschaft und ihre Gemeinden wiedergeben und allen die Lebensqualität sichern, die sie verdienen. Und wenn wir sagen „alle“, dann meinen wir: alle!

Der Premierminister möchte, dass ihr glaubt, dass wir diese Wahlen durchführen, weil der Brexit von einer Establishment-Elite blockiert worden sei. Aber die Menschen lassen sich nicht so einfach täuschen. Sie wissen, dass die Konservativen diese Elite, das Establishment ist.

Und wisst ihr, wovor sich diese Elite wirklich fürchtet? Vor uns allen, vor dem britischen Volk.

Wisst ihr, wovor sich die Elite wirklich fürchtet? Ihre Steuern zu zahlen.

Deshalb werden sie in diesem Wahlkampf noch härter und schmutziger kämpfen als jemals zuvor. Sie werden vor nichts zurückschrecken, sie werden uns ohne Ende mit Schmutz bewerfen, weil sie wissen, dass wir uns nicht davor fürchten, gegen ihre Privilegien vorzugehen.

Wir werden gegen die Steuerhinterzieher vorgehen. Wir werden gegen Miethaie vorgehen. Wir werden gegen Ausbeutung am Arbeitsplatz vorgehen. Wir werden gegen die großen Umweltverschmutzer vorgehen. Wir werden all das tun, weil wir wissen, auf wessen Seite wir stehen.

Die große Frage in diesem Wahlkampf ist: Auf wessen Seite stehst Du? Stehst Du auf der Seite der Steuerhinterzieher, deren Reichtum wir alle teuer bezahlen? Auf der Seite jener, die denken es sei in Ordnung Menschen abzuzocken und ihr Geld in Steueroasen parken, um sich eine neue Yacht zu kaufen?

Oder stehst Du auf der Seite der Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die derzeit nicht die Unterstützung bekommen, die sie bräuchten, weil die konservativ-liberaldemokratische Koalitionsregierung die Mittel dafür gestrichen hat?

Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite der Miethaie, wie dem Herzog von Westminster, Großbritanniens jüngstem

Milliardär, der die BewohnerInnen ganze Wohnblocks rauswerfen wollte, um Platz für Luxusapartements zu schaffen? Oder auf der Seite von Millionen MieterInnen, die jedes Monat damit kämpfen, ihre überhöhte Miete zu zahlen.

Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite schlechter Arbeitgeber wie Mike Ashley, dem Milliardär, der sich weigert seine Angestellten anständig zu bezahlen und Newcastle United in den Abgrund wirtschaftet? Oder auf der Seite seiner ausgebeuteten MitarbeiterInnen, wie der einen Frau, die laut Medienberichten ihr Kind in der Toilette eines Warenhauses bekommen hat, weil sie solche Angst hatte, eine Schicht zu versäumen, dass sie hochschwanger arbeiten gegangen ist?

Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite der großen Umweltverschmutzer wie Jim Ratcliffe, dem reichsten Mann des Landes, der sein Geld damit verdient, unsere Umwelt zu zerstören? Oder auf Seite der Kinder, die in unseren Städten aufwachsen und deren Lungenfunktion durch die Verschmutzung geschädigt wird?

Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite von Bankern wie Crispin Odey, der Millionen damit verdient hat, an den Börsen gegen unser Land zu wetten und der große Summen an Boris Johnson und die Konservativen gespendet hat? Oder auf der Seite der arbeitenden Menschen, die den Wohlstand erarbeiten, der dann in Steueroasen verschoben wird.

Auf welcher Seite stehst Du? Auf der Seite milliardenschwerer Medienbarone wie Rupert Murdoch, dessen Imperium Propaganda für ein ungerechtes System macht? Oder auf der Seite der überwältigenden Mehrheit, die nichts anderes will, als in einer anständigen, gerechten, vielfältigen, prosperierenden Gesellschaft zu leben.

Ihr wisst, auf welcher Seite Labour steht. Eine Labour-Regierung steht an eurer Seite.

Gemeinsam können wir ein korruptes System überwinden und ein gerechteres Land bauen, das sich um alle kümmert.

Wir haben etwas, das die Rupert Murdochs, die Mike Ashleys und Boris Johnsons nicht haben. Wir haben Menschen, hunderttausende Menschen in allen Teilen unseres Landes, die das hier zur größten von den Menschen getragenen Kampagne in der Geschichte machen wird.

Wir sind jung, wir sind alt, wir sind schwarz, wir sind weiß, wir sind hetero- oder homosexuell, wir sind Frauen und Männer, Menschen der verschiedensten Religionszugehörigkeit oder ohne Glaubensbekenntnis, aus dem Norden und dem Süden.

Wir alle wissen: Wenn labour gewinnt, dann gewinnt die Krankenschwester, dann gewinnt der Pensionist, dann gewinnt die Studentin, dann gewinnt die Büroangestellte, dann gewinnt der Ingenieur. Wir alle gewinnen.

Boris Johnson hat geglaubt, es wäre eine gute Idee, die Wahl im dunkel-kalten Dezember abzuhalten. Er glaubt, ihr werdet deshalb nicht wählen gehen. Er glaubt, ihr werdet nicht auf die Straße gehen, um Wahlkampf zu machen.


Ich kann ihm eines versprechen: Labour wird in jeder Stadt, in jedem Ort, in jedem Dorf present sein, mit der größten, mit der mutigsten und zuversichtlichsten Kampagne, die unser Land jemals gesehen hat und die eine Botschaft der Hoffnung und der Veränderung in jede Gemeinde trägt.

Selbst wenn die Flüsse zufrieren, wir werden da sein, um echte Veränderung für die Vielen, nicht für die Wenigen zu schaffen.

Alles, was wir brauchen um uns warm zu halten ist die Aussicht darauf, Boris Johnsons Konservative aus der Regierung zu werfen und unser Land wieder auf- und umzubauen.

Niemals zuvor wurde dem britischen Wahlvolk ein radikalerer und aufregenderer Vorschlag für echte Veränderung vorgelegt.

Freundinnen und Freunde, es liegt an uns die Zukunft gemeinsam zu schaffen. Es ist zeit für echte Veränderung!

Even if the rivers freeze over, we're going out to bring about real change for the many, not the few. 

JEREMY CORBYN

ist Parteiführer der Labour Party. Mit dieser Rede stellte er am 31. Oktober die offizielle Kampagne der Labour Party für die Unterhauswahlen am 12. Dezember vor.



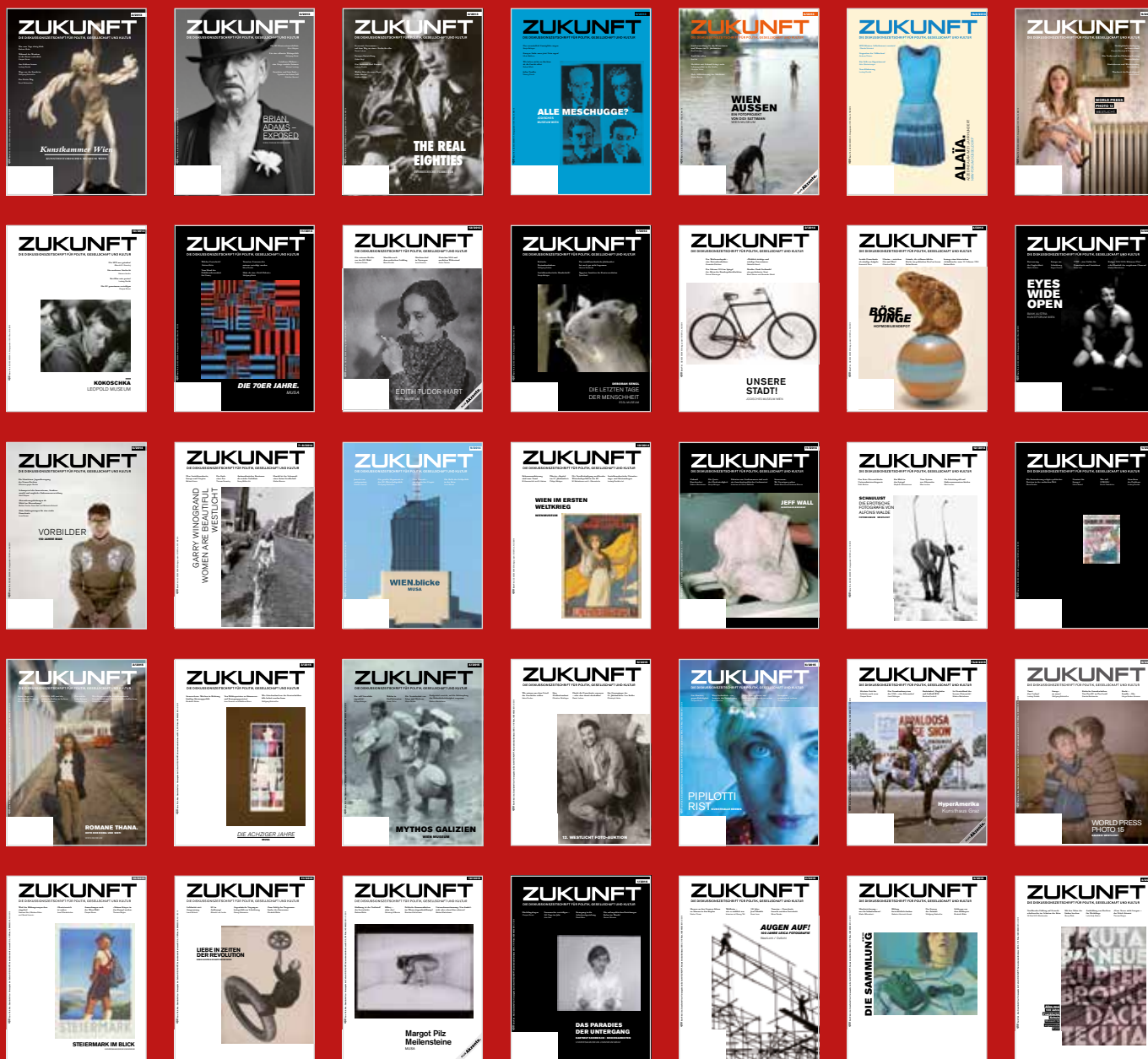
Wolfgang Paalen (1905-59)

Wolfgang Paalen in seinem Atelier in San Angel, Mexiko, 1947
Foto: Walter Reuter, Privatarchiv Andreas Neufert
(Copyright Hely Reuter, Mexico)

WOLFGANG PAALEN (1905-59)

UNTERES BELVEDERE





ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____